

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13993. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Insertionspreis: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Seite 1.70 Mk., Restlage-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Wozu die bayerischen Einwohnerwehren nötig sind.

Großdeutsche Annexionspläne.

München, 16. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.)
Hoch Bayerischer Parteivorstand, Der Kampf, veröffentlicht wichtige Enthüllungen über die bayerische Orde aus einer Eingabe des Vorsitzenden der bayerischen Königspartei, Mayer-Roy, an den Landtag. Die Eingabe ist bis heute im Landtag nicht behandelt worden, so daß die Vermutung nahe liegt, daß sie unterschlagen werden soll. Mayer-Roy war Fahnenhauptmann in der Einwohnerwehr und wurde seines Amtes enthoben, weil er den Mißbrauch der bayerischen Einwohnerwehren zu alldeutschen monarchistischen Zwecken bekämpfte. In einer Sitzung der Einwohnerwehrgeschichte am 13. Januar jagte der stellvertretende Vorsitzende der Landesleitung der bayerischen Einwohnerwehr, R. Kändler (der Leiter der Orde), daß die neuesten Ereignisse es wahrscheinlich erscheinen ließen, daß der Fahnenhauptmann im Gebiet seiner Fahne wohne. Der Kampf schreibt dann weiter:

Bekanntlich hat die Landesleitung der bayerischen Einwohnerwehr am 19. Januar 1921 erklärt, daß sie mit dem Kapitan Ehrhardt, dem österreichischen Monarchisten, mit dem Kapitän Ehrhardt, Major Stefani und dem General Wittich nicht zu tun habe. Dieser Behauptung gegenüber stellt Mayer-Roy fest, daß der stellvertretende Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehr keine Verbindung mit österreichischen Monarchisten hat, kann ich bestätigen, denn er ist grundsätzlich ein Gegner des Hauses Habsburg, bekämpft die österreichischen Monarchisten und hofft, mit der Orde unter Zustimmung der bayerischen Einwohnerwehr und der Marinebrigade Ehrhardt in absehbarer Zeit die Aufschlüsselung anexionistisch zu lösen, im Dienst der von Berlin aus geleiteten großdeutschen Bewegung in Oesterreich. Der stellvertretende Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehr nahm am Nachmittag des 26. September 1920, gelegentlich einer Führerbesprechung in der Aula der Universität Wien, teil, in dem er sich an die Teilnehmer, wiederholt verweist, daran zu erinnern, daß er einer der entscheidenden Führer der großdeutschen Bewegung in Oesterreich sei. In der Abfassung der Chiemgauer Einwohnerwehr richtete der stellvertretende Landeshauptmann an die Führer die Frage, ob ihre Fahnen bereit seien, sich voll an einer monarchistischen Expedition nach Kärnten zu beteiligen. Den Kern dieser Expedition bilde die Marinebrigade Ehrhardt. Ich muß jetzt zwar erklären, daß dieses Expeditionskorps den bedrängten Brüdern im Osten beizustehen habe gegen einen Feind, der das Abstammungsergebnis inkraften will. Ich gehe aber nicht fehl mit der Annahme, daß diese Aufgabe nicht die einzige gewesen wäre. Herr Kändler fügte hinzu, daß er persönlich mit einem regierenden Fürsten im Osten in wichtigen politischen Angelegenheiten verhandelt habe. Einer der Chiemgauer Führer teilte mir bald darauf mit, daß er in einer Führerbesprechung der Chiemgauer Einwohnerwehr am Vorabend des Landesfestens in Innsbruck eindringlich davor warnen mußten, mit bewaffneten Händen sich den Zugang nach Innsbruck zu erzwingen. Zu Beweise der Richtigkeit seiner Auffassung bringt Mayer-Roy ein Schreiben des Wehrkommissars von Oberbayern aus dem August 1919 an das Militärministerium, das damals von dem Reichssozialisten Schneppenhorst befehlet war. In diesem Schreiben wird auf die Lösung der Einwohnerwehr von der Staatskontrolle hingewiesen. Es heißt dort: „Der Kern arbeitet unter fortgesetzter Umgehung des Wehrkommissars mit den Reichsoberbänden und Gausleitern wegen Ausrüstung der Einwohnerwehr mit Artillerie und Minenwerfern.“

Damit wird also das beständig, worüber wir die Öffentlichkeit noch unter der rechtssozialistischen Regierung Hofmann alarmiert haben. Die Reichssozialisten selbst erscheinen als die Verantwortlichen an der Gestaltung der Dinge, so wie wir sie jetzt in Bayern haben. Die Regierung Hofmann war von allem unberührt und hat verdröckert, was nichts getan, um die Öffentlichkeit mobil zu machen. Die Diktatur war der Rapp-Putsch und sind heute die Pariser Beschlüsse.

Ein Anschlag auf den Achtfundentag!

Das Organ des Eisenbahnerverbandes veröffentlicht folgenden bedauerlichen Geheimrat:

Reichsverkehrsminister Berlin W 66 21. 1. 21.
E VI 61 Nr. 152 21 Wilhelmstraße 70.
An Meist. E I—E VIII
Meist. Nr. IV (je besonders).

Der Herr Minister möchte möglichst bald Material darüber haben, welche Einwirkung eine Verlängerung der Arbeits- und Dienstzeit der Beamten und Arbeiter um eine Stunde, insbesondere in finanzieller Beziehung und hier wieder vor allem hinsichtlich sachlicher Ergebnisse haben würde.

Eine Erörterung der Frage soll am 28. ds. Mts., vormittags, im großen Sitzungssaale stattfinden.
Sofort! I. B. Stieber.

Der Verkehrsminister läßt diese Untersuchungen natürlich nicht aus theoretischen Gründen anstellen. Herr Groener hat sehr praktische Ziele. Er will den Achtfundentag zerstören, er will die Rentabilität der Eisenbahnen auf Kosten der Arbeiter und Beamten — und auf Kosten der Sicherheit der Passagiere — heben und zugleich den Mauerbrecher für die Kapitalisten machen, die schon lange nach der Verlängerung der Arbeitszeit gieren, um ihre Profite zu erhöhen, die ja bekanntlich „so niedrig“ sind.

Und Herr Groener beschränkt sich nicht auf die Vornahme von Untersuchungen — er geht auch gleich praktisch auf sein Ziel los. Wie der roten Fahne mitgeteilt wurde, ist auf der Strecke

Neppen—Stentisch (Brandenburg) für die Streckenwärter bereits der Zwölfstundentag wieder eingeführt worden. Ist diese Strecke das Versuchsansehen des Herrn Verkehrsministers oder handelt es sich um den Uebergriff eines überreizten Jüngers des Herrn Groener?

Auf jeden Fall zeigt der Ersatz, daß die Wählerschei gegen den Achtfundentag ständig weitergeht, trotz der schweren Arbeitslosigkeit! Die Arbeiterschaft muß auf der Hut sein, um das Verbrechen einer Zerstörung des Achtfundentags in wichtiger Abwehr verhindern zu können. Dazu muß sie vor allem ihr festes festgefülltes Bollwerk, die Gewerkschaften, geschlossen und stark erhalten. Die Abwehr aller Zersplitterungsbestrebungen in den Gewerkschaften wird mehr und mehr zu der Lebensfrage des deutschen Proletariats!

Die geplante Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise.

In Berlin trat unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stieler der Sachverständigen-Beirat des Reichsverkehrsministeriums zusammen, um zu den vom Ministerium und der ständigen Tarifkommission ausgearbeiteten Vorschlägen für die Erhöhung der Gültertarife sein Gutachten abzugeben. In der Eröffnungsrede machte der Staatssekretär auch Mitteilungen über die beabsichtigte Erhöhung der Personentarife. Die Eisenbahnverwaltung führt demnach, wie bei der Neuordnung der Gültertarife ab 1. 12. 1920, eine organische Neuordnung der Personentarife durch. Die neuen Fahrpreise sollen sich auf Einheitsfähnen aufbauen, die betragen werden: für die 4. Klasse 13, für die 3. Klasse 19,5, für die 2. Klasse 32,5 und für die 1. Klasse 68,5 Pfg. für einen Kilometer. Gegenüber den Friedensfahrpreisen bedeuten diese Sätze eine Steigerung von 550 Prozent für die 4. und 3. Klasse, von 622 Prozent für die 2. und 735 Prozent für die 1. Klasse. Demnach würde z. B. eine Kasse von Berlin nach Samburg künftig kosten: 38 Mk. (statt bisher 28,4) in der 4., 57 Mk. (42,4) in der 3., 96 Mk. (70) in der 2. und 170 Mk. (156,6) in der 1. Klasse. Für die Strecke Berlin—Frankfurt a. M. betragen die neuen Fahrpreise: 71 Mk. (40) in der 4., 108 Mk. (78) in der 3., 176 Mk. (129,6) in der 2. und 316 Mk. (201,6) in der 1. Klasse. Die Schneezugzuschläge werden unter Beibehaltung, des bisherigen 3-Zonen-systems (bis 75, bis 150 und über 150 Kilometer) erhöht auf 8, 16 und 24 Mk. in der 1. und 2. Klasse und auf 4, 8 und 12 Mk. in der 3. Klasse. Die neuen Fahrpreise sollen am 1. Juni 1921 in Kraft treten.

Ein deutschnationaler Wahltrieb.

Berlin, 16. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.)
Die Deutsche Tageszeitung bringt heute einen langen Auszug aus einem angeblichen Plan der Kommunisten für die zivil- und wirtschaftliche Verwaltung während des Kampfes um die proletarische Diktatur und bis zur anderweitigen Regelung der deutschen Sowjetmacht durch einen etwaigen Rätekongress. Sie knüpft daran das Verlangen, daß es notwendig sei, einen neuen Kurs in Preußen einzuführen, damit endlich energig derartigen Machenschaften ein Riegel vorgeschoben wird.

Der Proteststreik der englischen Bohomotivführer.

London, 14. Februar. Star zufolge wurde heute nichtamtlich mitgeteilt, daß beim Ausbleiben eines betriebliegenden Antwort der Regierung, betreffend die Schließerei von Mallow, der allgemeine Streik der Bohomotivführer und -helfer am Donnerstag um Mitternacht beginnen werde.

Die Kirche in Ungarn für Habsburg.

Berlin, 16. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.)
Wie die Wiener Arbeiterzeitung meldet, hat Fürstprimas Caernoch an alle Geistlichen die Weisung ausgegeben, daß künftig in der Messe der „apostolische König“ dem Namen nach zu nennen sei. Es wird also in ungarischen Kirchen hinfort die Agitation für alle Habsburger ganz öffentlich betrieben und für Karl IV. gebetet werden.

Der Kampf gegen den Bolschewismus.

Paris, 15. Februar. Wie die Abendblätter mitteilen, hat die Polizei heute vormittag den Bolschewistenführer der Zeitung Le Conseil, Louis Wiliam, und den Sekretär der kommunistischen Jugendvereinerung verhaftet.

Die Bolschewisten bereiten anscheinend gegen die allgemeine Verfolgung der Kommunisten eine Gegenaktion vor. Nach einer Meldung, die über Finnland kommt, hat in Moskau eine wichtige Konferenz stattgefunden. Die Konferenz besprach die Maßnahmen, die getroffen werden sollen, um die antibolschewistische Aktion in Westeuropa und besonders in Frankreich zu bekämpfen. Die Bolschewistenpresse, die auf die Konferenz aufmerksam macht, bewahrt absolutes Stillschweigen über die Maßnahmen, die getroffen werden sollen.

Die österreichische Arbeiterschaft und die Steuerfrage.

Von Therese Schloßinger, Mitglied des österreichischen Parlaments, Wien.

Die österreichischen Kommunisten hielten seit einigen Wochen die Zeit für gekommen, um wieder einmal einen Vorstoß gegen die Sozialdemokratie zu unternehmen. Den willkommenen Anlaß dazu gab ihnen eine im August des vorigen Jahres unter Mitwirkung der Sozialdemokraten zustande gekommene und mit Beginn dieses Jahres in Kraft getretene Novelle zum Einkommensteuergesetz.

Sehr schwer dürfte es ja niemals fallen, Steuerpflichtige von der Verwerflichkeit des Steuerzählens zu überzeugen. Diese Aufgabe ist aber noch wesentlich leichter Leuten gegenüber, die bis dahin gar nicht oder nur in viel geringerem Maße steuerpflichtig waren, und sie bietet die allergeringsten Schwierigkeiten, wenn sie darin besteht, Menschen gegen das Steuerzahlen einzunehmen, die trotz ihres um ein Vielfaches gesteigerten Geldeinkommen doch in Not und Entbehrungen leben müssen.

Darum vermochte das Gesetz der Kommunisten gegen den Verrat der Sozialdemokraten an der Arbeiterklasse, begangen durch die Bewilligung der neuen Bestimmungen des Steuergesetzes, das sich bis zur Aufforderung zum Steuerfrei steigerte, eine gewisse Beunruhigung sogar in Kreise der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu tragen, die sonst gegen das berufsmäßige Geschimpfe der Kommunisten über alles und jedes, das die Sozialdemokraten tun und nicht tun, in hohem Grade immun sind. Mancherlei Ursachen außer der schweren Krise der österreichischen Arbeiter haben noch mitgewirkt, um diese Erregung herbeizuführen.

Der jähe Widerstand, welchen die bürgerlichen Parteien der Einführung der Vermögensabgabe entgegengekehrt haben und die Verschleppung der Durchführung des endlich zustandekommenden Gesetzes durch die christlich-sozialen Regierung, haben die Arbeiterschaft sehr erbittert und die Tatsache, daß das neue Einkommensteuergesetz früher in Kraft getreten ist, als dasjenige über die Vermögensabgabe, hat bei den Arbeitern den Eindruck noch verstärkt, daß auch in der demokratischen Republik den Besitzlosen zuviel, den Reichen aber zuwenig aufgebürdet werde.

Daß auch in Oesterreich, wo heute die Macht der Arbeiterschaft größer ist als in jedem anderen Lande mit Ausnahme Rußlands, wir von einer gerechten Verteilung der Lasten und Genüsse noch himmelweit entfernt sind, ist etwas, das nicht einmal der verbohrteste Reaktionsär und noch viel weniger ein Sozialdemokrat bestreiten kann.

Der Tatsache, daß wir eben nicht in einer sozialistischen, sondern in einer bürgerlichen Republik leben, die sich der drückendsten wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Siegermächten nicht zu erwehren vermag, müssen ja auch die Kommunisten Rechnung tragen, ob sie es wollen oder nicht. So oft sie die Schwere dieser Tatsache zu leugnen trachten und sich zu Putschversuchen haben hinreichend lassen, waren sie bald danach gezwungen, solche Experimente zu bereuen und abzuleugnen.

Das aus dem Jahre 1896 stammende Einkommensteuergesetz, das bisher unverändert in Kraft war, hat Einkommen relativ wenig belastet, die noch von Arbeitern und Kleingewerbetreibenden erreicht werden konnten. Bei höheren Einkommen, etwa vier- bis fünftausend Kronen, begann schon eine erhebliche Progression. Die Folge davon ist, daß Arbeitereinkommen, wie sie schon während des Krieges und seither noch mehr infolge der Geldentwertung sich gestaltet haben, unerträglich hoch besteuert erschienen. Das kam aber den Arbeitern in der Regel nicht zum Bewußtsein, weil die Steuerverwaltung ganz außerstande war, eine neue Veranlagung durchzuführen, so daß die erhöhten Steuern nicht eingehoben werden konnten. Als dann aber nach und nach die Arbeit nachgeholt wurde, ergab sich für viele Arbeiter eine Verpflichtung, rückständige Steuern nachzuzahlen, der sie absolut nicht gewachsen sind. Dieser Mißstand rief nach schärferer Abhilfe. Es war dringend notwendig geworden, der Tatsache Rechnung zu tragen, daß Einkommen, die ehemals solche reicher Leute waren, nun Arbeitereinkommen sind und es mußte zugleich gefordert werden, daß die so notwendige Entlastung der schwächsten Steuerträger weitgemacht werde durch energigere Besteuerung der Wohlhabenden und Reichen.

Dieser doppelten Aufgabe haben sich die Sozialdemokraten bei Schaffung des neuen Gesetzes unterzogen, wie es einige Beispiele veranschaulichen mögen.

Im August 1920, als das Gesetz umgestaltet wurde, konnte ein Jahreseinkommen von 60 000 Kronen noch als das höchste angesehen werden, das Arbeiter in beträchtlicher Anzahl zu erreichen vermögen. Auf ein solches Einkommen entfiel nach dem damals geltenden Gesetz eine Steuerleistung von 4768 Kronen, eine für Proletarier gewiß zu starke Belastung. Die Novelle setzt die Steuer dieser Stufe auf 1600 Kronen herab. Familienvätern aber werden außerdem Nachlässe gewährt, die je nach der Kopfzahl der Familie steigen und bei fünf und mehr Kindern vierzig

Prozent der Steuerleistung betragen. Ueberdies wurde die Steuerleistung der Arbeiter und Angestellten auch dadurch sehr wesentlich erleichtert, daß von dem zu besteuenden Arbeitseinkommen zwanzig Prozent abgezogen sind. Ein solcher Abzug wurde von den Sozialdemokraten mit Recht gefordert, weil die Vermehrung der Steuer eine jährliche, dem Arbeiter und Bediensteten aber kein Jahreseinkommen gesichert ist, sie vielmehr mit der Möglichkeit zeitweiliger Arbeitslosigkeit oder Senkung ihrer Bezüge zu rechnen haben. Für die ganzjährig Beschäftigten und gleichmäßig entlohnten Arbeiter und Angestellten aber bedeutet der Abzug eine erhebliche Begünstigung.

Auf der andern Seite aber faßt das Gesetz die Reichen sehr hart an. Auf ein Jahreseinkommen von einer Million Kronen, ein Einkommen, das vor dem Kriege in Oesterreich vielleicht von niemandem erreicht wurde, heute aber durchaus nichts ganz Seltenes ist, entfiel nach dem alten Gesetz eine Steuer von 64 960 Kronen. Durch das neue Gesetz wurde diese Steuer auf 410 000 Kronen erhöht und wer ein Einkommen von zwei Millionen fahrlässig hat 1 400 000 Kronen an Einkommensteuer zu bezahlen. Die Steuer des Arbeiters wurde also auf ein Drittel reduziert, die des Besitzers einer Million mehr als verdreifacht, während diejenige eines zwei- und dreifachen Millionärs bereits eine hochgradige Entlastung bedeutet. Zugleich aber wurden die Besitzenden durch die Vermögenssteuer, die nun endlich doch in Kraft treten wird, und durch ein System von Luxussteuern belastet, das dem Staate erheblich mehr Geld einbringt, als selbst seine Initiatoren davon erwartet hatten.

So dürften die sozialdemokratischen Abgeordneten, die an der Steuerreform mitzuarbeiten Gelegenheit hatten, sich wohl sagen, daß sie ihre Pflicht erfüllt hätten.

Aber seit August des vorigen Jahres hat die Geldentwertung in Oesterreich ganz ungeahnte, entsetzliche Fortschritte gemacht, und das bewirkt, daß die Arbeiterschaft die neue Besteuerung trotz aller Erleichterungen bei ihrem Inkrafttreten als sehr drückend empfinden mußte. Mit einem Einkommen von 60 000 Kronen könnte jetzt der Arbeiter nicht mehr sein lärgliches Auskommen finden. Arbeitereinkommen von 100 000 bis 150 000 Kronen sind sehr häufig geworden. Auf solchen Einkommen lasten aber auch nach dem neuen Gesetz Steuerpflichten, die den Arbeiter mit Sorgen erfüllen und bis zu einem gewissen Grade der Argumentation der Kommunisten zugänglich machen müssen.

Aus dieser Lage erwuchs den sozialdemokratischen Abgeordneten wieder eine doppelte Aufgabe. Sie mußten die Arbeiter in Versammlungen, Konferenzen und durch die Presse daran erinnern, daß sich in einem Staate, der allen Mitgliedern die gleichen politischen Rechte gibt, in welchem die Arbeiterschaft sich sehr wichtige Nachpostitionen erobert hat und Gesehgebung und Verwaltung von ihr stark beeinflusst werden, sie sich auch nicht ihren Pflichten gegen den Staat entziehen darf, daß aber auch die Sozialdemokratie stets für den Ausbau der direkten und den Abbau der indirekten Steuern eingetreten ist. Sie mußten sie ferner an den Gegensatz erinnern zwischen der Finanzwirtschaft der alten Monarchie, die den allergrößten Teil der Steuerlast in Form von indirekten Steuern auf die Schultern der Besitzlosen wälzte und dann die ihr zur Verfügung gestellten Gelder vorwiegend zur Stärkung ihres Machtapparates verwendete, der bestimmt war, die Arbeiterschaft niederzuhalten, und der Finanzwirtschaft der Republik, die gezwungen ist, jährlich mehr als 15 000 Kronen pro Kopf der Bevölkerung auf die eingeführten Lebensmittel darzulegen und auch sonst den allergrößten Teil ihrer Einnahmen für Zwecke der Volkswohlfahrt verausgibt.

Wir hatten der Behauptung der Kommunisten entgegenzutreten, daß die Arbeiter kein Interesse am Bestande der demokratischen Republik hätten, sondern im Gegenteil mit Schadenfreude zusehen könnten, wie dieser Staat infolge eines Steuerzwecks der Arbeiter, der natürlich den Steuerstreik aller andern Klassen nach sich zöge, zusammenbrechen müßte, hatten den Genossen zu zeigen, daß die Rentenresolution, die uns von allen Seiten droht, nicht länger aufzuhalten wäre, sobald die demokratische Republik sich als unfähig erweise, ihr zwar armseliges, aber doch geordnetes Leben fortzuführen. Zugleich aber fiel den Vertretern der Sozialdemokratie im Nationalrat die Aufgabe zu, der Besteuerung der breitesten Volksschichten jene Härten zu nehmen, die sich in dem Zeitraum zwischen der Bewilligung und dem Inkrafttreten des Gesetzes infolge der wachsenden Geldentwertung angenommen hatten.

Am 12. Januar d. J. stellte die sozialdemokratische Fraktion im Nationalrat den Antrag, es möge die Steuer für Einkommen bis zu 200 000 Kronen herabgesetzt werden, und zwar für Ledige um ein Drittel, für Familienväter je nach der Größe der Familie bis um 55 Prozent, die ganz kleinen Einkommen aber sollen dadurch steuerfrei bleiben, daß Beträge, die nicht mehr als 2 Kronen wöchentlich oder 10 Kronen monatlich oder 120 Kronen jährlich ausmachen, nicht eingehoben werden sollen, so daß die sechs untersten Steuerstufen praktisch entfallen und dadurch Verfrügte, Pensionisten und kleine Rentner von jeder Steuerleistung befreit erscheinen. Dieser Antrag wurde am 12. Januar d. J. im Nationalrat eingebracht und dem Finanzausschuß zugewiesen und am 14. Januar vom Plenum des Hauses einstimmig votiert. Am 18. Januar wird der Bundesrat zusammengetreten, um den Antrag gleichfalls zu bewilligen, worauf er sogleich in Kraft treten wird, rückwirkend vom 1. Januar, so daß den Arbeitern, die bisher zu viel bezahlten, Beträge auf die weiterhin zu bezahlenden Steuern angerechnet werden können.

Aber schon am 11. Januar, also am Tag, bevor noch der sozialdemokratische Antrag im Nationalrat eingebracht worden ist, hat es sich gezeigt, daß die bis dahin durch uns geleistete Aufklärungsarbeit keine vergebliche war. Für diesen Tag hatten sowohl die Kommunisten, als auch die Sozialdemokraten in Wien Versammlungen einberufen, in denen zu der Steuerfrage Stellung genommen wurde.

Die Kommunisten hatten diesmal einige tausend Leute auf die Beine gebracht, war mehr als noch je vorher ihrem Rufe gefolgt sind, aber natürlich nur eine geringfügige Zahl im Vergleich zu den Massen, welche die sozialdemokratischen Versammlungen in allen Bezirken füllten. In all unseren Versammlungen wurden die Ausführungen unserer Redner mit dem größten Beifall und ohne Widerspruch aufgenommen, ein Beweis dafür, daß den sozialdemokratischen Vertrauensleuten der erste Teil ihrer Aufgabe, die Arbeitermassen von der Unabweisbarkeit der Steuerpflicht zu überzeugen, bereits gelungen, ehe sie noch an den zweiten Teil geschritten war, die Bürde, die dem Proletariat nicht abgenommen werden kann, so weit als möglich zu erleichtern.

Ein deutschnationaler Vertrauensmann.

Der Millionenschieber als Gewährsmann Hesse's.

Die Deutschnationalen sind notorisch große Feinde der Korruption. Hesse's grimmiger Fehlschuß gegen Erzberger galt beinahe ausschließlich dem Finanzminister, der den Reiz zu Steuern heranzog, sondern ganz allein dem angeblichen Steuerhinterzieher und Geschäftspolitiker. Aber leider haben die Deutschnationalen, abgesehen vom Falle Erzberger, Pech mit ihrer Korruptionsbekämpfung, und gerade vor den Preußenwahlen häufen sich in für sie in sehr ärgerlicher Weise die Fälle, die da zeigen, daß die Herren Hesse, Hergt usw. im eigenen Hause mit der Bekämpfung der Korruption anzufangen vergessen haben. Der sehr böse stinkende Fall des deutschnationalen Abgeordneten Kerlhoff ist noch in sehr frischer Erinnerung und ebenso der des deutschnationalen badischen Landtagsabgeordneten Mager, der auf Kosten des Reichs mit der Entente glänzende Geschäfte machte. Und nun kommt noch der Fall des „Konjuls“ Simon hinzu, der ebenfalls den Deutschnationalen angehört und der, da er unangenehmerweise in einen großen Millionenchieberprozess verwickelt ist, sich sorgfältigerweise ins Ausland begeben hat, von der deutschen Justiz, wie in den meisten solchen Fällen, unbehindert. Ueber diesen famosen Herrn Simon erzählt die Germania einige interessante Geschichten.

Simon hat sich noch kürzlich öffentlich gerühmt, daß er der Urheber der Aktion gegen Erzberger gewesen sei. „Er habe keine Geldmittel gekostet, um Erzberger mit allen erdenklichen Mitteln zu bekämpfen, und ein großer Teil der Presse habe sich ihm zur Verfügung gestellt. Durch seine Organisation habe auch Hesse, der das meiste Material gegen Erzberger erhalten. „Konjul“ Simon war bis zu seinem Verschwinden aus Deutschland nicht nur eingeschriebenes Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, sondern gab sich auch als deren Vertrauensmann aus und zeigte sich recht eingeweiht in ganz interne Parteianglegenheiten.

Simon nannte sich „Konjul“, auch auf seinen Visitenkarten. Diesen Titel führt er zu Unrecht. Die Akten des Landgerichts Mannheim geben darüber Aufschluß; denn dort wurde der Herr „Konjul“ bereits mehrfach wegen unehrlicher Führung von Titeln bestraft. Er hat sich auch den Dokortitel zu Unrecht beigegeben. Während des Krieges ließ er sich in die Leutnantsuniform eines anderer vornehmsten früheren Reiterregimentes, bis ihn ein Schutzmann in Frankfurt verhaftete. Auch die Orden, die er dabei trug, hat er sich selbst verliehen. Als in Mannheim nach der Revolution bei einem Tumult das Posthauptquartier gestürmt wurde, fand gerade die Straßeregistrate des Herrn Simon verschwinden, während die Akten aller anderen Leute mit dem Buchstaben S. sich noch vorfinden. Als die Revolution sich vollzog, stellte der so vielgewandte Mann sich der neuen Regierung zur Verfügung, die ihn aber ablehnte. Trotz seiner jüdischen Abstammung trug er eine Halbkreuznadel und verzierte auch sein Auto mit einem mächtigen Halbkreuz.

Durch Vermittlung eines höheren Offiziers suchte er im Sommer 1919 den Reichsfinanzminister Erzberger in Weimar zu sprechen und stellte an ihn eine Forderung von zehntausend Millionen Mark für Verluste an einer Pulverfabrik, bei der er interessiert war. Dieser Forderung konnte aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht entsprochen werden. Seit her war der „Konjul“ Simon recht schlecht auf den Reichsfinanzminister zu sprechen.

Während des Kapp-Putsch stellte er sein Auto General Ludendorff zur Verfügung, der dasselbe auch benutzte. Trotz seines Aufdrängens konnte die um Minister verlegene Kapp-Regierung dem „Konjul“ Simon nicht den angestrebten Ministerposten verschaffen. Um so erfolgreicher war er bei den Millionenchiebungen um Bezugsscheine von Spirit. An der Spitze dieser Schiebungen stand ein Herr Cohen, dem man nachsagt, daß er 70 Millionen Mark verdient habe, und der jetzt in ein Sanatorium übergeführt wurde, nachdem er am 8. Januar verhaftet worden war. Seine Mitarbeitler an diesem Geschäft, Marx und der eben erwähnte Simon, haben sich in den letzten Tagen zusammen „ins Ausland begeben“.

Herr Hesse's ist, wie man sieht, als Täter des Draehens Korruption außerordentlich gut legitimiert. Er hat natürlich von nichts gewußt, ebenso wie die Deutschnationalen von den Schiebungen der Hohenzollern nichts wissen. Nicht ist die Tatsache, daß auch der Kappputschist Ludendorff mit zu den Tümmern des Simons mit dem Halbkreuz gehört. „Wir sollen sein ein einzig Volk von Schiebern.“

Uebrigens, als Führer des Berliner Bürgerrats, der seinerzeit für die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs und für andere konterrevolutionäre Zwecke Hunderttausende auswarf, wurden seinerzeit Marx und Simon genannt. Es spricht vieles dafür, daß sie mit den beiden ausgerückten Schiebern identisch sind. Die Ermordung von Proletarierführern ist eben auch ein Geschäft, das den Profit der Schieber sichert.

Internationale Solidarität der Bourgeoisie.

Die Ententechefsverständigen für Herabsetzung der direkten, Erhöhung der indirekten Steuern in Deutschland.

Brüssel, 15. Februar. Die Sachverständigen der Entente-regierungen, die an der Brüsseler Konferenz teilgenommen haben, haben den Schluß ihres Berichtes jetzt veröffentlicht, in dem sich eine scharfe Kritik gegen das deutsche Budget befindet.

Danach schließen die außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben Deutschlands mit einem Defizit von 33 Milliarden Mark ab. Die Sachverständigen halten eine Reduktion dieses Fehlbetrages durch Aufnahme einer Anleihe nicht für angängig, sondern fordern weitere Herabsetzung der Ausgaben und Erhöhung der direkten Einnahmen. Für die Zahl von 15 Milliarden Mark, sagt der Bericht, die Deutschland für Befahrungskosten der interalliierten Truppen angewendet haben will, seien keinerlei Belege vorhanden. Die am 12. Dezember 1920 seit Waffenstillstand tatsächlich geleisteten Zahlungen hätten deutscherseits nur 4 Milliarden 500 Millionen Mark betragen. Ueberhaupt, sagt der Bericht, scheinen diese Zahlen nur darum festgelegt zu sein, um der Welt den bedeutenden und schwierigen Charakter der deutschen Finanzen vor Augen zu führen. Man wird durch Entlassungen, durch Erhöhung von Tarifen usw. mindestens 18 Milliarden Mark sparen können. Deutschland müsse außerdem bald wieder den freien Verkehrsmittelhandel einführen. Was die Vermehrung der Einnahmen anbetreffe, so meint der Bericht, daß die Einkommensteuer mehr als die angelegten 34 Milliarden Mark betragen werde. In bezug auf die direkten Steuern sei allerdings die Höchstgrenze erreicht. Es müßten sogar im Interesse der wirtschaftlichen Erholung gewisse Handel und Industrie schwer treffende Steuern herabgesetzt werden. Dagegen könnten aber die Umsatzsteuer noch verschärft und die indirekten Steuern erhöht werden, vor allem die Alkohol-, Tabak-, Zucker-, Kaffee- und Teesteuer. Desgleichen sei ein zehnprozentiger Zuschlag zu der schon bestehenden Kohlensteuer angängig, und ebenso sollten die Zollsätze erhöht werden.

Der Bericht schließt mit der Ueberszeugung, daß Deutschland in verhältnismäßig kurzer Zeit imstande sein müsse, seinen Vertragsverpflichtungen ohne weitere Vermehrung seines Notenumlaufes nachzukommen. Die alliierten Regierungen seien bereit, jede ernsthafte Bemühung Deutschlands zur Ordnung seiner Finanzen zu unterstützen, um die Ausübung der Rechte zu vermeiden, die ihnen aus § 12, Annex 2, Teil VIII des Friedensvertrages zu-

ständen, daß sie nämlich alle Einnahmequellen Deutschlands, einschließlich des Anleihenwesens, zur Wiedergutmachung heranzuziehen berechtigt seien.

Man glaubt, das Gutachten eines deutschen Industriellenverbandes oder einer deutschen Handelskammer vor sich zu haben, so, es sind sogar manche Phrasen, so die von der Höchstgrenze der direkten Steuern, von der Notwendigkeit der Rückkehr zum freien Handel usw., wirklich übernommen. Es wird immer deutlicher — und besonders diese Vorschläge der Sachverständigen zur Ausgleichung des deutschen Staatshaushalts zeigen es mit aller Deutlichkeit —, daß die Entente den Plan verfolgt, die Wiedergutmachungssummen durch eine Verelendung der breiten Massen aus Deutschland herauszupressen, ihre kapitalistischen Klassen-genossen aber zu verschonen. Die Alldeutschen können mit ihrem „Feindbund“ ganz zufrieden sein, er arbeitet ihnen geradezu in die Hände. Das Proletariat der Entente aber hat das größte Interesse, gegen diese Pläne ihrer Regierungen scharf Stellung zu nehmen, denn ihre wirtschaftliche Lage ist von der des deutschen Proletariats unmittelbar abhängig.

Kommunistischer Wirrwarr in Oberschlesien.

Kattowitz, 15. Februar. (Eigene Meldung der L. B.) Am Sonnabend fand in Gleiwitz eine kommunistische Versammlung statt, in der die kommunistische Opposition, die sich in heftigster Fehde mit der Zentrale in Berlin befindet, mit der Zentralkommission Abrechnung hielt. Der von der Zentrale ausgeschlossene Führer Rau erklärte, daß er zwar 50 000 Mk. angenommen habe, aber bedingungslos, und das Geld lediglich im Interesse bedürftiger Genossen verwendet habe. Er fühle sich jedenfalls völlig frei von jedem Verdacht und erhebe gegenüber den verrottenen Verhältnissen, die die zugewanderten, sogenannten Führer der KPD, die aus Berlin nach Gleiwitz gekommen sind, bei der Etablierung der „Hütten-Gasthaus-Clique“ geschaffen haben. Nach ihm trat der Führer Jiaja, der mit einer großen Anzahl der kommunistischen Ortsgruppen aus der Partei ausgeschlossen ist, auf den Plan. Er erklärte, daß das Schlemmerleben der neuerdings nach Oberschlesien gekommenen KPD-Gößen ihn so angeekelt hätte, daß er entseht aus dieser korrupten Gesellschaft geflohen sei und er nun mit seinen Anhängern eine Oppositionsstellung in reinerer Luft einnehme. Der Vertreter der Zentrale, der die Haltung der Berliner Diktatoren zu rechtfertigen suchte, konnte unter dauernder steigender Unruhe seine Ausführungen nicht beenden. Deshalb erklärte der jetzige Vorsitzende des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Oberschlesiens, Jaddasch, daß der unwürdige Verlauf der Versammlung ihn und seine Anhänger zwingt, den Saal zu verlassen. Nach ihm verdamme nochmals Rau die KPD-Sendlinge, jene Leute, die von Berlin nach Gleiwitz gekommen seien, bisher aber nichts getan hätten, als gesaukelt, Tausende für sich verbraucht und nichts für die Partei gearbeitet hätten. Weil er diesem Fortleben der Herren entgegengetreten sei, weil er es nicht mehr länger mit ansehen konnte, wie das Geld der russischen Brüder verprascht wurde, deshalb habe er sich den Haß dieser Herren zugezogen. Zum Schluß der stürmischen Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der die Versammelten Rau das Vertrauen der Partei auszusprechen und erklärten, es sei gar nicht so übel, daß er den betreffenden Kapitalisten die 50 000 Mk. abknöpft habe, jedenfalls sei die Annahme des Geldes, wenn auch ohne jede Bedingungen aus politischen Gründen, kein Fehler. Der ganze Streit soll nun der kommunistischen Zentralkommission in Berlin unterbreitet werden, von der man erwartet, daß sie sich der Auffassung der kommunistischen Arbeiterschaft Oberschlesiens anschließen wird, die darin geht, daß man die Diktatur der kommunistischen Sendlinge in Gleiwitz, die sich in der „Hütten-Gasthaus-Clique“ verkörpern, ablehnt.

Die Aktion zur „Rettung“ Oesterreichs.

Bekanntlich wurde auf der Pariser Konferenz außer den Reparationsbeschüssen auch ein etwas verkniffener Beschluß gefaßt: Oesterreich durch die Errichtung einer internationalen Finanzgesellschaft, die mit einem Kapital von 200 Millionen Frank ausgestattet werden soll und Kreditschritte für die Industrieellen, Dillinger und Saaten für die Landwirte, sowie Kredite für die Einfuhr der notwendigen Nahrungsmittel und obendrein noch für die Sanierung des Geldwesens beschaffen soll, zu retten. Außerdem soll nach Mitteilungen, die der österreichischen Regierung zugingen, beschloffen worden sein, daß die Kosten für die militärische Befehung, für die Wiedergutmachung und die bereits gelieferten Lebensmittel nicht sofort zu bezahlen sein werden, und daß die interessierten Regierungen sich bereit erklären, ihre erste Hypothek zurückzustellen. Schließlich wurde die österreichische Regierung aufgefordert, selbst die Mitglieder eines aus Ausländern bestehenden Ueberwachungs-ausschusses namhaft zu machen, der gemeinsam mit der österreichischen Regierung an die Umgestaltung des Staatshaushalts und eine rationelle Verwaltung treten soll.

Es soll also Oesterreich wieder einmal geholfen werden: es wird bereits intensiv in Paris und Rom konferiert, eine Konferenz der österreichischen Nachfolgerstaaten über die Rettung Oesterreichs steht bevor. Aber während die Entente dergleichen Versuche macht, den vom Tode Gezeichneten durch billige Rezepte zu retten, geht der Auflösungsprozess mit Riesenschritten vor sich. Nach einer Mitteilung des österreichischen Finanzministers ist das Defizit des Staatshaushalts bereits auf 42 Milliarden Kronen gestiegen, während man es noch im September auf 12 Milliarden veranschlagt hatte. Die unheimliche Steigerung um 30 Milliarden ist also innerhalb fünf Monaten eingetreten.

Bezeichnend für den Verfall dieses unglücklichen Staates ist auch folgende Meldung:

In Salzburg hat eine Konferenz von Vertretern der acht Länder Oesterreichs stattgefunden, auf der, um den völligen Zusammenbruch der Finanzwirtschaft der Republik zu verhindern, der in wenigen Monaten zu erwarten sei, in Form eines Ultimatus eine Reihe von Forderungen an die Bundesregierung gestellt wurden: so die Einbringung eines Bundes-Finanzgesetzes, durch welches die Ueberweisungen an die Bundesregierung auf das Dreifache der jetzigen Höhe gesteigert werden sollen; Uebernahme der Hälfte des gesamten Aufwandes für die Lehrerschaft und die Angestellten der Landesregierungen durch die Bundesregierung und mehrere ähnliche Forderungen. Sollten diese nicht binnen 4 Wochen von der Bundesregierung angenommen sein, so würden die Landesregierungen zur selbständigen Ausübung ihres Steuerhoheitsrechts, zunächst zur Wiedereinführung der früheren Landessteuern, schreiten.

Schädigung des Wirtschaftslebens durch die Sabotage der Entwaffnungsbestimmungen.

Eine Wolff-Meldung aus Berlin besagt, daß die Kontrollkommission der Entente die Untersuchungen deutscher Schiffe nach Waffen fortsetzt. In Hamburg habe der Vertreter der englischen

Entente-Kommission gebroht, daß deutsche Dampfer im Falle des Auslaufens ohne Entente-Genehmigung vom ersten besten britischen Kreuzer aufgebracht werden würden. Auch auf neutrale Dampfer erstreckte sich die Durchsuchung. In der Rede wird ausgesprochen, daß diese Maßnahmen der Entente zu einer Schwächung des deutschen Seehandels führten. Es zeigt sich also auch hier wieder, wie die Nichterhaltung der übernommenen Verpflichtungen in der Entwaffnungsfrage und die fortgesetzten Waffenverschönerungen, die den Anlaß zu dem Vorgehen der Entente-Kommission gegeben haben, zu neuen Schädigungen des deutschen Wirtschaftslebens führten. Ein neuer Beweis dafür, wie notwendig es ist, daß jetzt keine weiteren Widerstände gegen die Entwaffnungsbestimmungen mehr geleistet werden dürfen, daß vielmehr endlich die Entwaffnung rücksichtslos durchgeführt werden muß.

Der Prozeß Hiller.

Der Mörder Helmhake vor den Geschworenen.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I Berlin begann am Montag die Hauptverhandlung gegen den Soldatensoldaten Oberleutnant d. R. Hiller, der, neben zahlreichen andern Mithandlungen den Mörder Karl Helmhake im März 1915 betatigt mithandelt hat, daß der Tod eintrat.

Hiller wurde im Dezember 1910 vom Kriegsgericht zu sieben Wochen Festung und später in der Berufungsinstanz zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Angeklagte Hans Hiller, 43 Jahre alt, Gerichtsassessor a. D., wurde am zweiten Mobilmachungstage als Leutnant d. R. und Zugführer zum Garde-Füsilier-Regiment, Berlin, eingezogen. Er wurde während des Krieges verschiedene Male verwundet. 1915 wurde er zum Oberleutnant befördert.

Der Verteidiger gegen die Zuständigkeit des Schwurgerichts.

Nach der Personalbestellung des Angeklagten beantragt der Verteidiger die Herbeiführung eines Gerichtsbeschlusses darüber, ob das Schwurgericht überhaupt zuständig ist. Er bestreitet mit allen möglichen juristischen Spitzfindigkeiten die Zuständigkeit. Staatsanwaltsschaffner Dr. Sauer vertritt die gegenteilige Auffassung.

Nach Beratung erklärt sich das Gericht als zuständig.

Die Vernehmung des Angeklagten.

Der Angeklagte schildert die Frontverhältnisse des Abschnitts, in dem er sich die Mithandlungen des verstorbenen Helmhake hatte zuschulden kommen lassen. Die Stellung war gut von den Russen einzunehmen. Die Truppe hatte erhebliche Verluste durch Feuerwirkungen und Erkrankungen. Unterstände waren nicht vorhanden, sondern nur Erdlöcher, die mit Ästen, Zeltbahnen usw. zugedeckt waren. In den Löchern kampierten durchschnittlich vier Mann. Verpflegung war sehr schlecht. Strenge Arreststrafen wurden durch Anbinden an einen Baum vollzogen.

Vorsitzender: Haben Sie Helmhake geschlagen?

Angeklagter: Nein!

Vorsitzender: Können Sie sich dessen nicht mehr erinnern, oder wissen Sie genau, daß Sie Helmhake nicht mithandelt haben?

Angeklagter: Nein, ich habe Helmhake nicht geschlagen!

Auf Befragen des Staatsanwalts sagt der Angeklagte aus, daß er Ende Juli wegen

Mithandlung eines Unteroffiziers mit dem Gewehrkolben in der Front abgesetzt und mit acht Tagen Stubenarrest (!) bestraft worden sei.

Vorsitzender: Ist es richtig, daß Sie einmal gefaßt haben, bei mir gibt es keine Kranks, sondern nur Verwundete oder Tote?

Angeklagter: Jawohl, das ist möglich! Ich habe mich nie krank gemeldet, trotz Fiebers.

Zeugenevernehmung.

Zeuge Schmidt (Reserveleutnant): Im Grunde meinte der Angeklagte es mit seinen Leuten gut. Er war jedoch über entschuldbar keine Verfehlungen der Mannschaften sehr erregt, und ich habe einmal gesehen, daß er einen schlafenden Posten mit dem Spaten geschlagen hat.

Zeuge Richterfeld: Helmhake fiel mir durch sein schlechtes Aussehen auf. Kameraden erzählten mir, daß er mit drei Tagen bestraft gewesen sei. Eines Tages kam Helmhake nicht zum Gewehreinigen, weil er krank war. Der Kompanieführer Hiller bestrafte ihn deswegen. Helmhake wurde an einen Baum gebunden. Als ich später vorbeikam, jammerte er. Später wurde er abgeführt und als Arrestant in ein Erdloch gebracht. Bei der Paroleausgabe teilte der gefallene Gefreite Kühn mit, daß dem Arrestanten Helmhake nichts zu essen und zu trinken gegeben werden sollte.

Angeklagter: Einen solchen Befehl habe ich nicht gegeben.

Zeuge L.: Helmhake konnte sich kaum auf den Beinen halten, als er abgeführt wurde.

Staatsanwalt: Hat sich der Angeklagte in Ausdrücken vergangen?

Zeuge L.: Jawohl. Ausdrücke wie: Schwein, Was, Hammel usw. gebrauchte er sehr häufig. Mithandlungen anderer Soldaten durch den Angeklagten habe ich gesehen.

Zeuge Kaiser: Ich lag mit Helmhake im Arrestloch. Helmhake hatte blutigen Durchfall und hatte sich vollgemacht. Eines Tages wurde er von einem Sanitäter herausgeführt. Helmhake konnte sich nicht aufrecht halten. Der Angeklagte Hiller kam dazu und schrie:

„Trampelt das Schwein tot!“

Hiller trat nach Helmhake und schlug mit einem Bergstod nach ihm. Ein Arzt besuchte den schwerkranken Helmhake nicht. Essen erhielten wir durch Kameraden zugefressen. In der Nacht wurde Essen erhalten wie nicht. Gefreiter Kühn hat gesagt, wir sollen beschleunigter sein Essen erhalten. Der Angeklagte hat einmal nach seinem Revolver gegriffen und zu mir gesagt:

„Das Schwein gehört über den Haufen geschossen; was tut der noch auf der Welt!“

Zeuge Berlin: Als Helmhake an einen Baum gebunden war, sah ich Hiller auf ihn einzuweisen, und sah, wie er Helmhake ins Gesicht schlug. Warum er ihn geschlagen hat, ist mir nicht bekannt. Vor dem Erdloch, in dem Helmhake lag, stand ich Posten. Wir erhielten den Befehl, Helmhake nichts zu essen und zu trinken zu geben. Nachts winterliche und stöhnende Helmhake. Ich konnte es nicht mehr mit anhören, trotz in das Erdloch und hielt Helmhake einen Schneeball vor die Lippen. Er lag im Fieber. Ich habe das Gefühl, daß Helmhake kerben würde. In dem Erdloch lagen Konservendosen mit blutigem Rot. Am nächsten Tage wurde Helmhake von zwei Soldaten aus dem Loch zur Latrine geschleift. Oberleutnant H. sah dieses und rief:

„Ist das Was denn noch nicht tot; trampelt das Was doch in den H — —!“

Dabei trat der Angeklagte dem schwerkranken Helmhake ins Gesicht. Das habe ich gesehen und werde ich nie vergessen. Der Zeuge sieht, gegen den Angeklagten gemeldet, mit erhobener Stimme weiter aus: „Nicht sagt jetzt noch Ekel und Abscheu, wenn ich das Gesicht des Angeklagten sehe!“

Vorsitzender: Das Urteil über den Angeklagten müssen Sie den Geschworenen überlassen. Sie haben nur Ihre Aussagen zu machen.

Die Sache soll geschleift werden.

Zeuge Volkberg (Unteroffizier): Helmhake war an einen Baum gebunden. Ich sah, daß der Angeklagte Helmhake mithandelt hat. Der Kompanieschreiber hat mir nach dem Tode von Helmhake erzählt, daß Hiller zum Unterarzt gesagt hat: „Hören Sie was, wir müssen die Sache beschleunigen, damit uns niemand an den Waagen führen kann.“ Der Angeklagte hat auch andere Soldaten

geschlagen, sogar mit dem Bergstod. Häßliche Ausdrücke gebrauchte der Angeklagte des öfteren.

Zeuge Kade: Als ich zur Kompanie des Angeklagten kam, erzählten mir meine Kameraden das Schicksal Helmhakes, daß er in ein schmutziges Erdloch gebracht worden und darin gestorben sei. Als wir uns einmal auf dem Marsche befanden, nahm mein Kameraden ein Brot an. Der Angeklagte kam herangeritten und schlug diesen Soldaten mit der Keilpeitsche oder einem Stoch. Ein andres Mal sah ich, wie Hiller einen Unteroffizier schlug. In der Kompanie wurden die Soldaten überhaup viel geschlagen und an den Baum gebunden. Der Angeklagte verbot uns, daß wir uns gegenseitig im Falle des Ablebens Wertgegenstände und Pakete zuschrieben; denn — so sagte er — die Pakete gehörten in erster Linie ihm. Ich meldete mich einst freiwillig zum Wasserholen, um mich satt trinken zu können. Täglich erhielten wir ein Kochgeschirr voll Wasser, deswegen füllte ich am Brunnen meine Feldflasche und die einiger Kameraden. Bei der Rückkehr sah Hiller, daß wir gefüllte Feldflaschen hatten, und er befahl, sämtliche Wasser aus den Feldflaschen wegzuschütten! Wir hätten für den Tag nur ein Kochgeschirr voll Wasser zu verlangen, erklärte er.

Angeklagter: Ich mußte darauf achten, daß die Mannschaften kein choleraverdächtigtes Wasser tranken.

Zeuge R.: Der Brunnen war nicht choleraverdächtig, denn das ganze Bataillon holte das Wasser aus diesem Brunnen. Der Angeklagte benahm sich außerordentlich rigoros gegen die Mannschaften. Bei strömendem Regen lagen wir eins in Stellung. Die anschließende Kompanie hatte die Zeltbahnen zum Schutz über den Graben gespannt. Als wir dieses ebenfalls machten, gab Hiller den Befehl, die Zeltbahnen wegzunehmen; wir mußten ungeschützt einige Stunden im Regen stehen.

Die Verhandlung wird auf Dienstag vertagt.

Der Stajeler „Rote-Armee“-Prozeß

Aus den Verhandlungen vor dem Ausnahmegericht in Kassel gegen die „Führer der Roten Armee“, die am Montag begannen und über die wir gestern schon eine kurze Meldung gaben, ist noch folgendes hervorzuheben:

Auf die Bemängelungen der Zuständigkeit des Gerichts durch die Verteidiger und ihren Hinweis, daß die Ausnahmeordnung nur gegen links, nicht aber gegen die ungeschulten Freikorps der Rechten angewendet werde, erwiderte der

Staatsanwalt Dr. Meyer, daß bisher seines Wissens gegen keine rechtsstehenden Organisationen verhandelt worden ist, weil keinerlei Material gegen solche vorliegt. Immer seien es, wie beispielsweise beim Jungdeutschen Orden in Kassel, harmlose Vorwände gewesen. Dagegen treibe die kommunistische Presse eine schamlose Hege gegen die Regierung, gegen die Richter, gegen Wehr und Polizei und fordere täglich die Massen zum bewaffneten Aufbruch auf. Täglich schießen neue rote Organisationen wie Pilze aus der Erde.

Rechtsanwalt Dr. Wolff stellt darauf fest, daß die Staatsanwaltschaft den Prozeß von vornherein in ein politisches Fahrwasser gebracht habe. Der Verteidiger führt zahlreiche Waffenfunde bei Rechtsorganisationen an und verweist auf das Breslauer Sondergerichtsurteil, durch das ein Leutnant freigesprochen worden sei. Das Gericht beschloß, die Akten über dieses Urteil einzufordern.

Nachdem das Gericht sich als zuständig erklärt hatte mit der Begründung, daß ein Sondergericht nur dann ein Ausnahmegericht sei, wenn es sich gegen bestimmte Personen oder Parteien richtet, was aber hier nicht der Fall ist, weil jedermann vor dieses Gericht kommen kann, wenn er gegen bestimmte Straftaten verstoßt, behauptete der Vorsitzende noch, daß die ordentlichen Gerichte mit ihrem Ueberfluß an formellen Bestimmungen nicht dem Zwecke der Berordnung des Reichspräsidenten entsprechen, eine Beschleunigung im Interesse des Bestandes des Reichs herbeizuführen. Von einem Wiederaufleben der Militärgerichtsbarkeit könne keine Rede sein.

Erneuter Antrag auf Unzuständigkeit.

Dann wurden die Anklagen gegen die einzelnen sieben Angeklagten verlesen, worauf Staatsanwalt Dr. Wolff wiederum den Antrag stellte, daß das Gericht sich für unzuständig erklären müsse, weil die Angeklagten auf Grund der Anklage des Hochverrats schuldig sein müßten. Die Verhandlungen gehörten dann vor das Reichsgericht.

Der Staatsanwalt erläuterte darauf die Anklageschrift. Sie laute auf folgende Fragen auf: Besteht in Deutschland eine Rote Armee? Haben die Angeklagten dieser Roten Armee angehört und gehören sie dieser Roten Armee freiwillig an oder nicht? Es sei von größter Wichtigkeit, die Frage zu klären, wo die Anfänger der Organisation einer solchen Armee zu suchen seien. In der kommunistischen Partei liege es nun, Farbe zu bekennen. Um die Sachlage zu klären, beantrage er, daß hervorragende Mitglieder und Führer der kommunistischen Partei als Zeugen geladen werden. Der Verteidiger Dr. Wolff verlangt daraufhin sofort die Ladung von Dr. Levi, Däumig und Clara Zetkin. Verschiedene Personen aus dem Zuhörerraum, die bei der Nennung des Namens Zetkin lachen, werden trotz ihres Sträubens mit Gewalt aus dem Saal entfernt.

Darauf begann die Vernehmung der ersten drei Angeklagten. Der Bergmann Schröder, ein bisher unbefragter Arbeiter in einem Eisenwerk, gibt an, daß er zunächst der Unabhängigen und dann der kommunistischen Partei angehört habe. Er sei des Glaubens, nur durch den Kommunismus könne der Kapitalismus beseitigt werden. Der Gärtner Klinkmüller ist an Lungenentzündung erkrankt. Ob er an den weiteren Verhandlungen teilnehmen kann, hängt von der Untersuchung des Gerichtsarztes ab. Er ist der Überzeugung, daß die übrigen sozialistischen Parteien daran tranken, daß sie den Sozialismus auf ihre Fahne geschrieben haben. Die Auseinandersetzungen zwischen Kapitalismus und Arbeit können nicht auf unblutigem Wege geführt werden. Der dritte Angeklagte, Bergmann Harbich, ist ebenfalls der Ansicht, daß sich das kommunistische Ideal nicht ohne Gewalt verwirklichen läßt. Auf Antrag der Verteidigung wurde sodann die Sitzung bis Mittwoch früh vertagt, damit sich die Verteilung nochmals mit den Angeklagten in Verbindung setzen kann.

Ein neuer Kommunistenprozeß in Sicht.

Aus Magdeburg wird gemeldet, daß auf Grund der Verfügung des Reichspräsidenten vom 30. Mai v. J. der Prozeß gegen den Kommunistenführer Albert Vater und Genossen wegen der in Magdeburg und Stendal aufgeführten Vorbereitungen für den angeblichen kommunistischen Aufstand im Oktober 1918 im Reichswehrstrafsenkommando I überwiegen worden ist. Vater wurde vor einigen Tagen in das hiesige Militärgefängnis als Untersuchungsgefangener gebracht. Die gegen ihn erhobene Anklage lautet auf Bildung bewaffneter Verbände (§ 127 des Strafgesetzbuches) und Hochverrat.

Die vereinigte kommunistische Partei.

Der Kampf im Inneren der kommunistischen Partei geht in lebhaftem Tempo weiter. Die Berliner Rote Fahne veröffentlicht drei Resolutionen, welche von dem Aktionsausschuß der Berliner Parteiorganisation als „Richtlinien zur Diskussion“ angenommen worden sind. Die erste Resolution nimmt Stellung zur Pariser Konferenz. Hierin wird erklärt, daß die W. R. P. D. nicht die Aufgabe haben kann, „der bankrotten deutschen Bourgeoisie irgend einen Ausweg, und sei es auch der politische oder militärische Bündnisse mit Sowjetrußland, zu weisen“. Es wird darin eine neue ungewöhnliche Erklärung von der Reichszentrale in diesem Sinne angefordert und die Haltung der Roten Fahne sowie Levis Reichstagsrede zu dieser Frage „scharfsinnig“ verurteilt. Die zweite Resolution richtet die Aufmerksamkeit der W. R. P. D. als „unzulässigen Verlust“ an, „für die noch nicht überwundenen opportunistischen Strömungen innerhalb der W. R. P. D. ein Gegengewicht zu schaffen“. Dielem Moment sei in den Gr-

klärungen der Reichszentrale keine Rechnung getragen worden. Die unruhigere und gefährliche Taktik der W. R. P. D. sei „scharf und unbarmherzig, aber in übertriebener Form zu brandmarken“. Das vornehmste Mittel, um die W. R. P. D. in der kommunistischen Bewegung aufgehen zu lassen, wird „in der scharfsten Bekämpfung aller opportunistischen Rechte und Reime in der W. R. P. D.“ erblickt. Die dritte Resolution endlich besteht aus der inneren Organisation und ist Kritik an der Tätigkeit der Zentrale, deren Erklärungen seien wiederholt zu spät gekommen und hätten darum Verwirrung geschaffen. Auf der andern Seite mache sich ein „übertriebener Zentralismus in organisatorischen und personellen Fragen“ bemerkbar.

Uebertriebener Zentralismus. Wir haben seinerzeit vorausgesetzt, daß die Führerschaft zu beständigen Reibereien führen müsse. Die Bestätigung ist prompt erbracht. Wer sich aber den 21 Punkten unterwarf, hat kein Recht, sich über „übertriebenen Zentralismus“ zu beschweren!

Milde Strafe für einen Kindermörder.

Wie die Bälische Rundschau aus Kaiserlautern vom 12. Februar meldet, wurde Sekretär Haas von der freien Bauernschaft, der während des Weltkriegs 300 Liter Milch der Stadt Frankenthal in einen Straßengraben schüttete, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Verkauf deutscher Schiffe in England.

Die Londoner Times meldet, daß eine Liste von 80 normalschifflichen Schiffen veröffentlicht wurde, die von Lord Inchcape zum Kauf angeboten werden. Darunter befinden sich 14 als Wrack aufgebrachte Dampfer mit einer Wasserverdrängung von 5 bis 6000 Tonnen. Die zum Kauf angebotenen Schiffe können von allen, neutralen oder britischen Unterthanen erworben werden. Unter 74 Schiffen, die nur für britische Unterthanen zum Kauf angeboten werden, befinden sich bekannte deutsche Passagierdampfer, darunter Bremen, Kap Polonio, Kaiserin Auguste Viktoria und drei neue Dampfer Typh, Wabai und München. Das letzte Schiff von 18000 Tonnen nähert sich in Deutschland seiner Fertigstellung.

Eine englische Thronrede.

London, 15. Februar. Das Parlament ist heute durch den König mit einer Thronrede eröffnet worden, in der es heißt: Die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten haben ihren freundschaftlichen Charakter bewahrt. Dann wird die Hoffnung ausgesprochen, daß durch die Londoner Konferenz Fortschritte in der Ausföhrung des Friedensvertrages sowie in der Herstellung der Eintracht und in der Wiederherstellung des Rechts im nahen Osten erreicht werden. Weiter wird erwartet, daß die Verhandlungen für ein Handelsabkommen mit Rußland ebenfalls eine befriedigende Lösung finden werden und daß in Indien die Ausdehnung der politischen Verantwortlichkeit in naher Zukunft eine Belassung jedes politischen Konflikts sichern werde. Der Vorschlag des Staatsdrückes die Entschlossenheit der Regierung aus, die Ausgaben zu einzuschränken, wie es sich mit der Wohlfahrt des Reichs verträgt. Hinsichtlich Jlands heißt es, der König hoffe, daß in einer nahen Zukunft die Mehrheit des irischen Volks seine Entschlossenheit kundgeben wird, die Gewalttaten zu beenden und bei der Anwendung eines Gesetzes mitzuwirken, das ihm die Verantwortung einer autonomen Regierung verleiht. Ueber die Kohlenfrage heißt es, es werde beabsichtigt, sobald wie möglich die Freiheit des Kohlenhandels vollständig herzustellen. Zum Schluß wird die bevorstehende Reform des Oberhauses erwähnt.

Wie die Evening News melden, wurden insbesondere im Hinblick auf die Ereignisse in Lancashire, wo Brandstiftungen in großem Maßstabe vorkommen, sorgfältige Vorkehrungen ergriffen, um bei der Eröffnung des Parlaments durch den König jeden Anschlag zu verhindern. Das Oberhaus wurde durch scharf bewacht; an verschiedenen Stellen waren zur Bewachung des Parlaments bewaffnete Posten aufgestellt.

Keine Revision des Vertrages von Sèvres?

Paris, 15. Februar. Vertinax teilt im Echo de Paris mit, daß es Vergebens noch einmal gelungen sei, Lord George für eine territoriale Vergrößerung Griechenlands zu gewinnen. Es habe den Anschein, daß die Engländer auf der Orientkonferenz in London die These verteidigen wollten, den Vertrag von Sèvres solange aufrechtzuerhalten, wie Griechenland seine Verpflichtungen erfüllt. Das bedeute ein Zurückgehen von dem Standpunkt, den die interalliierten Ministerpräsidenten anlässlich der Annäherung des Ministerpräsidenten Leagues im Dezember eingenommen haben. Vertinax glaubt, wenn die Entscheidung im englischen Ministerium so ausgefallen sei, so sei ein Mißerfolg der Verhandlungen von London sicher.

Von Nah und Fern.

Abitur im Astenabirge. Stizshera (Schleien), 15. Februar. Dem Boten aus dem Astenabirge zufolge ist der Arzt Dr. Bloch aus Trautenau in Böhmen beim Abstieg von der Schneefoue 200 Meter tief in den Meißnergrund abgestürzt. Mit abgerissenen Rippen und erfrorenen Füßen wurde der Verunglückte geborgen.

Ueberwemmung in Argentinien. Buenos Aires, 15. Februar. (L. H.) Infolge anhaltender Regenfälle ist Nord-Argentinien von einer Ueberwemmung heimgesucht worden, die großen Schaden anrichtete. Hunderte von Familien sind ohne Obdach.

Verhaftung einer Räuberbande. Siegen, 15. Februar. Eine Räuberbande schlimmster Art, die seit Ausbruch der Revolution im Siegerland und Westerwald unter Androhung des Erstickens bei Landwirten ganze Ladungen Mehl, Getreide usw. erprete, wurde hier verhaftet. Die Verbrecher, deren Hauptanführer ein Gahmst und ein Techniker waren, sind sämtlich im Siegerland und Westerwald wohnhaft.

Anschlag auf einen deutschnationalen Agitator.

Vandenberg a. d. W., 16. Februar. Der Hauptmann Benkwitz aus Berlin, der in einer Verlammlung der Deutnationalen Volkspartei gesprochen hatte, wurde auf dem Heimwege durch Messerhiebe und Schläge über den Kopf schwer verletzt. Es wird behauptet, daß der Anschlag von Anhängern der kommunistischen Partei ausgeführt worden sei.

Im Automobil erschossen aufgefunden.

München, 15. Februar. Auf der Landstraße von Weilheim nach Bachel wurde gestern nachmittags ein Auto angefahren, dessen beide Insassen durch Schüsse getötet waren. Nähere Angaben fehlen noch.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fiebigner in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Piller, Borsdorf-Leipzig.
Druck u. Verlag, Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Das Geheimnis
alle Hautunreinigkeiten und Hautausschläge, wie Mitesser, Pimpeln, Blühchen, Heuröte, Pickel, Pusteln usw. zu vertreiben, besteht in täglichen Waschungen mit der schon **Verheerender Teerschwefel-Seife** von Bergmann & Co., Raddeburg. Überall erhältlich.
Diese Nummer umfasst 10 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 16. Februar.

Parteilangelegenheiten.

Ortsverein Stützerh. Morgen abend 7 Uhr: Fortsetzung Kurjus Genosse Braunthal. Thema: Handwerk, Manufaktur, Vorkapitalismus.

Thonberg-Stützerh. Genossinnen und Kinderbeschäftigungsmittglieder, die sich am Besuch des Lindenauer Kindertagesheimes (Ende Lühner Straße) beteiligen wollen, treffen sich Donnerstag, den 17. Februar, mittags 1/2 Uhr, an der Thonberger Brücke.

Alle männlichen Funktionäre des Ortsvereins USP. Connewitz. Donnerstag, den 17. Februar, abends 1/8 Uhr, in der Bibliothek: Sitzung.

Neuschönefeld. Freitag, den 18. Februar, abends 1/8 Uhr: Funktionärsitzung im Sophienhöfchen, Konradstraße 20.

Leutzsch. Diskussionsabend heute 1/8 Uhr im Schwarzen Jäger.

Engelsdorf. Diejenigen Eltern, die sich an der Agitation für die weltliche Schule beteiligen wollen, treffen sich Donnerstag, den 17. Februar, abends 1/8 Uhr, im Lindengarten zur Empfangnahme von Material.

Kurjus 16. Rechtsfragen aus dem Betriebsrätegesetz, fällt Donnerstag, den 17. Februar, aus. Fortsetzung Donnerstag, den 24. Februar.

Gruppe 7, Holzindustrie, Donnerstag, den 17. Februar, abends 7 Uhr: Vollversammlung im Volkshaus, Gesellschaftsraum. Tagesordnung: Betriebsratsfähigkeit in der Praxis. Referent: Genosse Eidner.

Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenräte, Betriebsobmänner der Gruppe 13. Heute abend 7 Uhr: Vollversammlung im Volkshaus, Gartensaal. Tagesordnung: Betriebsratsfähigkeit in der Praxis. Referent: Genosse Walter Wertel.

Kurjus Gewerbebetriebe. Beginn: Donnerstag, den 17. Februar, abends 7 Uhr, im Lehrsaal des Arbeiterbildungsinstituts, Braustraße 17. Lehrer: Dr. med. Simon.

Wem droht die Versklavung?

Der alte Wortführer des deutschen Imperialismus Dr. Paul Rohrbach sprach am Dienstag in einer öffentlichen Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei im Zentraltheater über Ziele und Mittel der moralischen Offensive gegen den Frieden von Versailles und die Versklavung. Der Redner enttäuschte. Seine Ausführungen bewiesen, wie hilflos jetzt die deutschen Imperialisten den Dingen gegenüberstehen. Der langen, im gemäßigten Mäßigkeit gehaltenen Rede kurzer Sinn war der, man müsse sich nicht an die Regierungen der Entente, sondern an die feindlichen Völker wenden und ihnen klar zu machen suchen, daß die Entente den Krieg gemollt und bewußt herbeigeführt habe. In Deutschland wären nur Fehler gemacht worden. Erst wenn die Völker erkannt hätten, daß Deutschland nicht mit Absicht den Krieg begonnen und daß drüben die Schuldigen wären, sei ein Umschwung zu erwarten.

Das ist reichlich naiv, da erdrückendes Material vorliegt für die Schuld der deutschen Machthaber am Kriege und besonders an seiner langen Dauer wie an den vielen Zerstörungen, die in den letzten Monaten absichtlich vorgenommen worden sind. Natürlich ist der Imperialismus der Entente kein Lämmlein; ihn wollte aber der deutsche Imperialismus niederzwingen und gemaltigt Eroberungen zu machen. Zu diesem Zweck wurde ein großes Heer bereitgehalten, eine riesige Flotte geschaffen, und vor dem Kriege gab es Jahr für Jahr Heeresvorlagen. Es wurde unausgeseht gerüstet. Will Herr Dr. Rohrbach behaupten, daß damit der ewige Frieden gesichert werden sollte? Waren das keine Vorbereitungen zum Kriege? Und 1914 glaubte man so weit zu sein!

Wenn der Redner zu beweisen suchte, daß man in Frankreich und England am 31. Juli die russische Rohlmachung verweigert habe, so wird er doch hoffentlich wissen, daß die deutsche Regierung dem Volke wichtige Dokumente über die Vorgänge in den letzten Tagen vor dem Kriege vorenthalten hat. Die deutsche Regierung hat damals ein verwerfliches Spiel getrieben; die militärischen Machthaber haben zum Kriege gedrängt und ihn auch schließlich erzwungen. Und dann die Schuld der Annexionalisten am Kriege. Noch im Jahre 1918 entwarf Ludendorff, der Kopf der Militärkamarilla, einen großzügigen Annexionsplan. Jeder Versuch, zum Frieden zu kommen, wurde vereitelt. Man wollte Eroberungen machen. Zu diesem Zweck wurde so lange Krieg geführt. Und dann die gemeingefährlichen Zerstörungen auf dem Rückzuge. Will man den Völkern beweisen, daß auch daran die deutschen Militaristen und Imperialisten unschuldig seien?

Jetzt soll Schadenersatz geleistet werden. Und was sagt Dr. Rohrbach? Er will nicht verhandeln. Die deutsche Regierung soll nein sagen. Dann würde wohl eine schwere Zeit für das deutsche Volk kommen, aber die würde nicht lange dauern. Woher weiß der Redner, daß diese Periode nur kurz sein würde? Beweise dafür hat er nicht angetreten. Er empfiehlt lediglich ein Babanque-Spiel, und die Bourgeoisie spendet ihm Beifall. Die Arbeiterklasse kann eine solche Politik nicht machen. Zunächst muß verhandelt werden, um einen neuen Krieg, neue noch größere Leiden zu verhindern. Die Schäden müssen, so weit das möglich ist, wieder gutgemacht werden, und zwar von den Kapitalisten, in deren Interesse der Krieg geführt worden ist und die ungeheure Kriegsgewinne aufgeschöpft haben. Doch die Kapitalisten wollen nichts bezahlen. Sie wälzen alle Lasten auf die Arbeiterklasse. Und die deutsche Arbeiterklasse ist schon während des Krieges 80 Prozent der Kriegsgewinne weggesteuert. Das hätten wir hier auch so machen sollen, sagte Dr. Rohrbach, und die Versammlung antwortete mit: Sehr richtig! Dabei wollen die deutschen Kriegsgewinnler jetzt nicht einmal das lumpige Reichsnoteopfer bezahlen. Sie machen allerlei Winkelzüge, um dieser und den andern Steuern zu entgehen.

Nicht die Bourgeoisie, sondern die Arbeiter sollen verstaatlicht werden. Deshalb müssen sie den Kampf gegen das internationale Kapital auf internationalem Wege aufnehmen, und zu diesem Zweck muß eine Internationale des sozialistischen Proletariats geschaffen werden. Die Völker werden erst aufatmen, wenn Imperialismus und Kapitalismus überwunden sind. Diese

Aufgabe zu erfüllen hat das internationale Proletariat. Reize, wie sie Dr. Rohrbach empfiehlt, sind daher für die Arbeiterklasse völlig ungeeignet.

Die Arbeitslosen, die Kommunisten und die USP.

Die Not der Arbeitslosen steigt, die Zahl der Arbeitslosen nimmt immer mehr zu, aber die Reichsregierung denkt nicht daran, zur Verringerung der Erwerbslosennote die erforderlichen Mittel aufzuwenden. Die Anträge des Erwerbslosenausschusses von Sachsen führten bekanntlich zu der Aktion im Landtage. Der Landtag beschloß, die sächsische Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung die Gewährung einer Beihilfe für die Arbeitslosen zu beantragen. Diese Beihilfe sollte betragen für Verheiratete: Bei einer Erwerbslosigkeit von 13 Wochen 200 Mk., bei 26 Wochen Erwerbslosigkeit 300 Mk., bei 39 Wochen Erwerbslosigkeit 400 Mk. und bei 52 Wochen Erwerbslosigkeit 600 Mk.; Ledige sollten die Hälfte dieser Sätze erhalten. Die Beihilfen sollten gezahlt werden ohne Rücksicht auf die zu erwartende allgemeine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Diese Anträge wurden im Landtage einstimmig angenommen, auch die Kommunisten stimmten dafür.

Bevor noch die Anträge der Arbeitslosen im Landtage behandelt wurden (am 6. Januar 1921), hatte der sächsische Arbeitsminister Jäckel bei der Reichsregierung beantragt, die Erwerbslosenunterstützung von 10 auf 15 Mk. für den Tag zu erhöhen, die übrigen Sätze sollten ebenfalls entsprechend erhöht werden.

Das Reich hat die Gewährung einer Beschaffungsbeihilfe abgelehnt. Es hat für Sachsen nur einige Bezirke als besondere Notstandsbezirke anerkannt und zugestanden, daß in die Amts- hauptmannschaften Bismarck, Kuerbach, Delonitz und Annaberg, sowie in den Bezirken Limbach und Burgstädt die Unterstützungsätze je nach der Ortsklasse für männliche Personen von 10 auf 12,50 Mk., von 8 auf 9,50 Mk. und von 6 auf 7 Mk. erhöht wurden. Auch die Unterstützungsätze der andern Ortsklassen sollen eine entsprechende Erhöhung erfahren. Die Sätze sollen mit Rückwirkung vom 15. November gezahlt werden. Diese völlig unzureichende Erhöhung wird aber nur für die bezeichneten Bezirke gewährt, die übrigen Arbeitslosen gehen leer aus.

Es ist selbstverständlich, daß sich weder die Arbeitslosen noch der sächsische Landtag mit dieser Erledigung der Arbeitslosen- anträge abfinden können. Wenn das Reich es ablehnt, die Not der Arbeitslosen zu mildern, muß versucht werden, für die Arbeitslosen aus den Mitteln des sächsischen Staates eine Beihilfe zu gewähren. Die Unabhängigen haben bei den Ausschuss- beratungen von vornherein keinen Zweifel darüber gefaßt, daß sie mit aller Energie für die Gewährung der Beihilfen aus sächsischen Mitteln eintreten, wenn das Reich die Beihilfe ablehnt. Nach Beratungen mit den Rechtssozialisten wurde von den Vertretern der USPD, und der SPD, folgender Antrag im Haushaltsausschuß B gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

- 1. Die Staatsregierung wird beauftragt, der Reichsregierung mit allen Mitteln zu erstreben, daß ganz Sachsen als einheitlicher Notstandsbezirk anerkannt wird.
2. Die Staatsregierung zu beauftragen, zur Gewährung einer einmaligen Beihilfe für Arbeitslose bei der Reichsregierung für die Ueberbreitung der Erwerbslosen-Fürsorgebestimmungen Genehmigung zu fordern und dann den Arbeitslosen eine einmalige Unterstüzung (aus sächsischen Mitteln) nach folgenden Grundätzen zu gewähren:

Table with 3 columns: nach 13 Wochen, für Ledige, für Verheiratete. Values range from 100 to 600 Mk.

Die bereits von den Gemeinden ausgezahlten einmaligen Unterstüetzungen sind dabei vom Staate anzurechnen.

Die Haltung der Unabhängigen beweist, daß sie nicht daran denken, die Erwerbslosen mit leeren Redensarten abzuspülen. Daß die Gewährung der Beihilfe bisher nicht erfolgen konnte, liegt an den langwierigen Verhandlungen mit der Reichsregierung, die zu beschleunigen auch nicht in der Macht der Unabhängigen lag. Die Unabhängigen werden selbstverständlich alles tun, was im Rahmen der sächsischen Verhältnisse zur Verringerung der Erwerbslosennote zu tun möglich ist.

Im Gegensatz zu der Haltung der Unabhängigen haben die Kommunisten von vornherein die Arbeitslosenunterstützung, um dabei ihre Parteigeschäfte zu besorgen. Die Leipziger Volkszeitung druckte am 6. Februar das unkorrigierte Stenogramm der Rede des Kommunisten Eltrodt ab, in der diesem zum Schreien seiner Parteifreunde das Geständnis entlockte: „Zunächst, wir haben diesen Antrag aufgegeben, um Parteigeschäfte zu betreiben.“ Nach diesem Grundsatze behandeln die Kommunisten auch diese Frage in der Desoffenheit, dem Grundsatze sind auch ihre Anträge im Landtag angepaßt. Das zeigt auch folgender Antrag, den die Kommunisten im Haushaltsausschuß B gestellt haben:

- 1. Nachdem das Reich die im Landtag beschlossene Beihilfe für die Erwerbslosen zu übernehmen abgelehnt hat, ist dieselbe verlegungswise vom Staat sofort in folgender Höhe auszuführen:

Table with 3 columns: Bei einer Dauer der Erwerbslosigkeit von: 6 Wochen, Ledige, Verheiratete. Values range from 100 to 600 Mk.

- 2. Die entstehenden Kosten sind von den Unternehmern zu tragen.
3. Die Regierung wird beauftragt, dem Landtag eine Vorlage zu machen, nach der die Kosten umgelegt werden auf die Unternehmer, gestaffelt nach der Höhe des Umsatzes und des Reingewinns der einzelnen Betriebe.

Nach den Leitlinien der kommunistischen Internationale sind die kommunistischen Parlamentarier verpflichtet, Anträge zu stellen, die von der Regierung gar nicht erfüllt werden können, ihre Anträge dienen Propagandazwecken. Der Kommunist Eltrodt hat im Ausschuss ausdrücklich erklärt, daß sich seine Partei stets nach diesen Leitlinien richtet. Damit soll nicht gesagt sein, daß die in dem Antrag vorgesehenen kürzeren Fristen undenkbar wären. Ob die in dem von Unabhängigen und Rechtssozialisten gestellten Antrag vorgesehenen Fristen, oder die von den Kommunisten beantragten angenommen werden sollen, ist eine Zweckmäßigkeitsfrage. Da zur Gewährung der Beihilfe aus sächsischen Mitteln die Genehmigung des Reichs notwendig ist, glaubten Unabhängige u. Rechtssozialisten, an den schon vom Landtag beschlossenen Fristen festhalten zu müssen, weil keine Aussicht besteht, daß das Reich die kürzeren Fristen bewilligt; durch zu kurze Fristen besteht die Gefahr, daß die Erwerbslosen überhaupt keine Beihilfe erhalten können, das will der unabhängige Antrag vermeiden. Solche Rücksichten brauchen die Kommunisten freilich nicht zu nehmen, denn ihnen kommt es ja mehr auf Propagandazwecke an, wenn durch zu hohe Forderungen die Arbeitslosen gar nichts bekommen, dann ist ja der Propagandazweck der Kommunisten um so eher erreicht.

Der Note Kurier druckt den Antrag der Kommunisten ab und schreibt dann in Fettdruck:

„Bei der Beratung dieses Antrags war es bezeichnend, daß der Unabhängige Liebmann sofort erklärte, die Unternehmer zur Tragung der Kosten zu zwingen, sei gesetzlich unmöglich, man könne die Unternehmer nur zu freiwilligen Spenden heran-

ziehen. Das war auch das Signal dazu, diesen Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten abzulehnen.“

Das ist echt kommunistisch, zugeschnitten auf die Bedürfnisse der Propaganda für das kommunistische Parteigeschäft! Der Unabhängige Liebmann hat zu dem Antrag der Kommunisten erklärt, die Herren sollten sich ihre Arbeit als Gescheher nicht so leicht machen. Sie müßten vielmehr ihren Antrag ergänzen und deutlich sagen, was sie wollen. Sie müßten zeigen, auf welchem Wege die Regierung die Mittel von den Unternehmern einziehen kann. Wenn die Kommunisten eine besondere Steuer von den Unternehmern erheben wollen, müßten sie das in ihrem Antrag fordern, oder wenn die Kommunisten der Meinung sind, daß ein Teil des Unternehmergewinns von der sächsischen Regierung beschlagnahmt werden soll, so müßte das im Antrag zum Ausdruck gebracht werden. Der Antrag der Kommunisten ist viel zu allgemein gehalten, er verlangt von der Regierung, die Kosten der Beihilfen von den Unternehmern zu erheben, ohne zu sagen, ob dies durch besondere Steuern oder durch Vermögensbeschlagnahme geschehen soll. Der kommunistische Antrag stellt an die sächsische Regierung Anforderungen, die sie nicht erfüllen kann, weil sie wegen der Reichsgehalte weder besondere Steuern für die sächsischen Unternehmer ausschreiben, noch eine Vermögensbeschlagnahme durchführen kann. Die Kommunisten haben im Landtag selbst anerkannt, daß die sächsische Regierung gezwungen sein wird, im Rahmen der Reichsgehalte zu wirken, hier aber stellen sie solche Anträge, die nur der Absicht entspringen, die sozialistischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Eine solche Politik machen die Unabhängigen nicht mit. Nur nebenbei sei erwähnt, daß die Anregung, die Unternehmer zu freiwilligen Gaben für die Arbeitslosen zu veranlassen, nicht von den Unabhängigen, sondern von den Kommunisten ausgegangen ist, was ihnen Anerkennung und Dank von den deutschen Volksparteiern eingebracht hat.

Bezeichnend für die Gedankenlosigkeit, mit der die Kommunisten ihre Anträge stellen und behandeln, ist auch folgender Vorgang: Die Kommunisten stellten den Antrag des Erwerbslosenausschusses, der ohne jede Einschränkung für Ledige 400 Mk. und für Verheiratete 600 Mk. Beihilfe forderte. Es war in dem Antrag gar kein Unterschied gemacht über die Dauer der Erwerbslosigkeit. Danach hätte ein Lediger, der etwa eine Woche arbeitslos war, 400 Mk. Beihilfe bekommen müssen, ein Verheirateter aber, der ein Jahr arbeitslos war, hätte 600 Mk. bekommen. Um diese unfinnige Regelung zu verhindern, beschloß der Landtag, den Antrag zur Vorberatung dem Ausschuss zu überweisen, aber die Kommunisten stimmten gegen die Vorberatung, sie wollten also ihren Unsinn zum Gesetz erheben. Das ist kommunistische Geschicklichkeit! Wie wenig übrigens die Kommunisten sich als Vertreter der Arbeitsloseninteressen ansprechen können, geht daraus hervor, daß Herr Eltrodt förmlich im Ausschuss bei der Beratung des kommunistischen Antrages laut eingeschrien war, was von den Ausschussmitgliedern mit stiller Heiterkeit festgestellt wurde.

Die Arbeitslosen, die sich ein selbständiges Urteil bewahrt haben, werden erkennen, daß die Kommunisten mit ihren Methoden tatsächlich nur Parteigeschäfte treiben. Für die kleinlichen Parteinteressen werden sich die Massen der Arbeitslosen nicht mistrauen lassen.

Aus den Ratsbeschlüssen.

Museum für Völkertunde. Ein süddeutscher Herr hat dem Museum für Völkertunde einen größeren Beitrag zur Verfolgung seiner Ziele in hochherziger Weise als Geschenk überwiesen.

Zum Geographentag. Einverständnis wurde damit erzielt, daß zu der aus Anlaß des zu Pfingsten in Leipzig stattfindenden Geographentags von der Deutschen Bücherei geplanten Ausstellung aus den Beständen des Stadtbibliotheksmuseums Pläne etc. zur Verfügung gestellt werden.

Verschiedenes. Den im 1. Vierteljahr 1921 bei der Fürsorgestelle für Lungenkranke zu erwartenden Fehlbetrag beschloß man aus städtischen Mitteln zu decken. — Das zur Deckung der bei Verteilung der ausländischen Liebesgaben entstehenden Unkosten bewilligte Berechnungsgeld wurde von 10 000 auf 50 000 Mk. erhöht. — Für den Ausbau der städtischen Hälfte der Fahrbahn der Frankfurter Straße ist die Reppelinstraße wurden 230 000 Mk. bewilligt. — Die Abrechnung über den Bau des Stadtbades, die mit einer Mehrausgabe von 162 698 Mk. abschließt, wurde genehmigt. — Für die Befestigung des 1. Diagonalen an der Straße zu Leutzsch sollen dem Kirchenvorstande vorgeschlagen werden: Pastor Schöffner in Ebersbach, Pfarrvikar Götsching in Sachsgarten und Pfarrer Die. theol. Walther in Dönnitzstraße.

Jugendweiche für Schulentlassene. Die Eltern der 35., 36., 37. und 38. Volksschule Göhlitz, deren zur Entlassung kommende Kinder nicht an der Konfirmation teilnehmen können, können sie zu dem am 20. März, 1921 stattfindenden Jugendweiche bis 28. Februar anmelden bei: A. Schöffner, Leipzig-Göhlitz, Crauschastraße 1; W. Pohle, Leipzig-Göhlitz, Lindenthaler Straße 39; A. Miersch, Leipzig-Göhlitz, Fehnerstraße 11, III; D. Höppner, Leipzig-Göhlitz, Ruhlere Hallische Straße 157, III, v.

Elternräte obiger Schulen. 15. Volksschule, L.-Neustadt. Freitag abend 1/8 Uhr, im Schulsaal: Elternabend. Tagesordnung: Die Arbeitsschule, Referent: Lehrer Ohmigen; Diskussion; Verschiedenes.

Elternabend. 15. Volksschule. Freitag, den 18. Februar, abends 1/8 Uhr, Schulsaal: Ueber Arbeitsunterricht. Herr Dehmichen. — 20. Volksschule. Montag, den 21. Februar, abends 7 Uhr: Was sollen unsere Kinder lesen? (Oberlehrer Geißler).

Kohlenausgabe für Erwerbslose. Alle Besteller, die ihre Gutscheine für Bayerischer Bahnhof (Mag. u. Co., Löhninger Straße) eingelöst haben, müssen die Briefe am Donnerstag, dem 17. Februar, von 9-4 Uhr, abholen, andernfalls die Gutscheine erst bei dem nächsten Eingang von Briefen geliefert werden können. Der Arbeitslosenausschuß.

Erhöhte Staatszuschüsse für die Deutsche Bücherei in Leipzig. Die Notlage der Deutschen Bücherei hat sich noch weiter erhöht. Der Haushaltsplan der Bücherei für 1920 schloß mit rund 800 000 Mk. Fehlbetrag ab, ohne daß gegenüber den Vorjahren wesentlich neue Kosten eingeleistet sind. Dieser Fehlbetrag ist hauptsächlich eine Folge der seit 1919 eingetretenen weiteren Steigerung der Gehälter und der wachsenden Verteuerung aller Materialien. Unter den obwaltenden Umständen erachtet es die Regierung für unumgänglich nötig, den Staatszuschuß um 250 000 Mk. zu erhöhen. Diese Summe ist jetzt im Nachtrag zum Staatshaushaltsplan für 1920 zur Einstellung gelangt. Das Reich hat ein besonderes Interesse für die Deutsche Bücherei dadurch gezeigt, daß es erstmalig, und zwar in einem besonderen Titel des Nachtragsplans 500 000 Mk. angefordert hat. Es wird angefordert, für den noch ungedeckten Fehlbetrag Deckung in einem weiteren Zuschusse der Stadt Leipzig zu finden. Ferner hat man in den Nachtragsplan als Beitrag an den Deutschen Verein für Buchwesen und Schrifttum in Leipzig 20 000 Mk. eingestellt.

Bund der Kaisertruen. In Leipzig ist am 18. Januar d. J. eine Ortsgruppe des Bundes der Kaisertruen gegründet worden. Dieser Bund besteht innerhalb der Deutschen Nationalen Volkspartei zur Kräftigung der monarchistischen Idee unter Führung der ruhmvollen Hohenzollern! Da die Deutschen Nationalen über riesige Mittel verfügen, so ist die Ortsgruppe in der Lage, eine Menge Material in Gestalt von Flugblättern, Statuten, Karten zu verteilen. Führer der Ortsgruppe ist ein 20 Jahre alter Jungling. Die Mitglieder legen sich meist aus — Schülern höherer Lehranstalten zusammen.

Gewerkschaftsbewegung.

Kommunistische Gewerkschaftszersplitterung in Halle.

Unter dem Einfluß der Kommunisten hatte das halle'sche Gewerkschaftskartell vor einiger Zeit den Beschluß gefaßt, zur Wirtschaftlichen Räteorganisation (Wirtschaftliche Räte, Berlin) überzutreten. Im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband brachte es der Kommunist Lejha jetzt, daß die Zahlstelle Halle zum halle'schen Hand- und Kopfarbeiterverband übertrat. Das hat naturgemäß die Vorstände der Gewerkschaften auf den Posten gerufen; sie konnten nicht ruhig zusehen, wie die Geschlossenheit der Gewerkschaften zertrümmert wird. Die USF- und SPD-Gewerkschafter von Halle fanden sich zur Abwehr zusammen und beschloßen, seine Beiträge zum Kartell mehr abzuführen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat sofort eingegriffen. Er gibt ein wöchentlich erscheinendes Mitteilungsblatt heraus, um die Gewerkschaftsmitglieder aufzuklären. Auf seine Anregung haben alle Zentralvorstände ihren halle'schen Verwaltungsstellen Anweisung gegeben, keinerlei Mittel an das zur Räteorganisation übergetretene Kartell abzuführen. Die Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes setzte bis zur endgültigen Klärung zwei Gewerkschaftsangehörige als sogenannte kommissarischen Ortsausschüß zur Führung der Geschäfte des Gewerkschaftskartells ein.

Eine Besprechung mit den gesamten örtlichen Gewerkschaftsvorständen in Halle, an der auch Vertreter der Hauptvorstände und des ADGB teilnahmen, fand am vergangenen Freitag statt. In der Sitzung kamen die schwerwiegenden Folgen kommunistischer Zersplitterung in den Gewerkschaften genügend zur Sprache. Der Vertreter des Transportarbeiterverbandes, Schlimme, führte dabei an, daß viele Gewerkschaften in ihrem Kampf um Verbesserung der Lebensbedingungen für ihre Mitglieder oft deshalb keine Erfolge hatten, weil die stärkste Gewerkschaft in Halle, der Metallarbeiterverband, im vergangenen Jahre durch den Widerstand der kommunistischen Partei in ihrem Lohnkampf lahmgelegt wurde und die Metallarbeiter deshalb jetzt so geringe Löhne erhalten. Das selbige Schwebeln der anwesenden Kommunisten bewies zur Genüge, wie zurecht diese Beweisführung war. Die Mitteilung des Bezirksleiters des Metallarbeiterverbandes, Köhler, daß drei in die Ortsverwaltung dieses Verbandes von den Kommunisten neu gewählte Mitglieder deshalb nicht bestätigt werden konnten, weil sie sich finanzieller Verstärkungen schuldig gemacht haben, ließ erkennen, welcher Elemente sich die Kommunisten in ihrem Kampfe gegen die gewerkschaftlichen Grundzüge bedienen. Bis vollständige Neuwahlen zu den Ortsstellen vorgenommen werden, sollen die Funktionen eines Ortsausschusses des ADGB für Halle einem provisorischen Kartell übertragen werden. Die Kommunisten hatten versucht, die Sachlage zu verschleiern, indem sie darlegten, der eingangs beregte Beschluß werde nicht ausgeführt werden. Die Versammlung ließ sich jedoch nicht darauf ein.

Wie anderwärts, sind es auch in Halle verhältnismäßig nur wenige Kommunisten, die durch ihre aktive Tätigkeit die Versammlungen beherrschen. Der größte Teil der Gewerkschaftsmitglieder sieht dem Treiben fern. Diese ändern werden aber durch die schurkische Handlungsmethode der Kommunisten mobilisiert. Das Verhalten der Kommunisten dürfte der Anfang vom Ende ihrer Herrschaft auch in Halle sein.

Selbstverständlich schreiben jetzt die Kommunisten über Verrat der Gewerkschaftsleitungen, die ihr Treiben nicht unbefehlig mitmachen wollen. Aber das gehört zur lieben Gewohnheit dieser Zersplitterter, es wird niemand schrecken. Sie läßt sich erstarren und wagt nun über die für sie heikle Situation hinwegzulaufen.

Das kommunistische Organ Klassenkampf, das offensichtlich getrieben ist über diese überalternde Entwicklung der Dinge, wagt in diesem Augenblick noch folgende Behauptung:

Diese Bureaukraten sind nicht in der Lage, den Entwicklungsprozess der Gewerkschaften zu revolutionären Organen der Arbeiterklasse in seiner historischen Notwendigkeit zu erkennen. Wo sich in Wahrheit der naturnotwendige Drang der Arbeiterklasse auswirkt, da sehen sie nur persönliche Gehässigkeiten und starrköpfiges Widerwollen der Kommunisten.

Ob sich diese Leute wohl noch einmal der eigenen Lächerlichkeit bewußt werden? Wie sich dieser „naturnotwendige Drang der Arbeiterklasse“ äußert und worin er besteht, das zeigt die von uns mitgeteilte Ausgabe der „Parole“ der kommunistischen Zeilen.

Die kommunistische Gewerkschaftszentrale hat sich bereits mit den Beschlüssen der halle'scher Gemeindearbeiter beschäftigt. In einer Sitzung der Kommunisten in Halle, an der auch Lieberach, Leipzig teilnahm, wurde der Hebertritt der Gemeindearbeiter zum Hand- und Kopfarbeiterverband als taktisch und UNGUT bezeichnet und gefordert, ihn rückgängig zu machen. Herr Lejha wurde in die Wüste geschickt. Das geschah natürlich nicht, weil die Kommunisten grundsätzlich Gegner der Gewerkschaftszersplitterung sind, sondern weil sie nur den Zeitpunkt dazu als unglücklich ansehen. Das geht auch daraus hervor, daß sie den Syndikalisten, ihren Verband der Hand- und Kopfarbeiter nach wie vor beschützen und pflegen.

Die Situation ist ernst. Wenn auf irgendeiner Seite in dieser Zeit der Hochspannung der Leidenschaften eine Unisonenheit begangen wird, ist die Spaltung der halle'schen Gewerkschaftsbewegung zur Tatsache geworden. Wenn erst der Anfang gemacht, pflanzt sich die Spaltungsepidemie auch in den Gewerkschaften nach allen Seiten hin fort. Möge wenigstens dieser „Erfolg“ den Kommunisten taktisch nicht beschließen sein. An sich wäre es in der Tat wünschenswert, den Kommunisten Gelegenheit zu geben, ihre Gewerkschaftstheorie durch die Praxis schnell und gründlich abzuwägen, wenn nur auf diesem Wege mit der so abstrudum geführten kommunistischen Gewerkschaftstheorie nicht auch die Gewerkschaften selbst zugrunde gerichtet würden.

Inzwischen hat eine Versammlung des von den Kommunisten beherrschten Gewerkschaftskartells stattgefunden, in der die Kartellbeschlüsse einstimmig ihren Beschluß vom 25. Januar, das Kartell mit der U. D. G. zu verabschieden, wieder aufhoben. Als dann fand ein Antrag Annahme, in dem es heißt: Der Vorstand des Ortsausschusses wird beauftragt, die Geschäfte des Ortsausschusses der freien Gewerkschaften auf Grund der bestehenden, vom U. D. G. B. anerkannten Satzungen weiterzuführen, trotz der Einsetzung eines Kassierers durch den U. D. G. B. und trotz der Erziehung eines zweiten Ortsausschusses in Halle.

Schließlich soll beim U. D. G. B. angetragen werden, gegen welche Beschlüsse des Bundes das halle'sche Kartell verstoßen habe. Das vom U. D. G. B. eingeschickte provisorische Gewerkschaftskartell wurde nicht anerkannt. In echt kommunistischer Heuchelei wird am Schluß der Entschlüsse versichert, daß alles getan werden soll, um die Zersplitterung der Gewerkschaften zu verhindern.

Streik im Transportgewerbe.

In der gestern stattgefundenen Transportarbeiter-Versammlung, die im Pantheon in Leipzig tagte, gab es unter den Versammelten eine große Enttäuschung, als die Mitteilung gemacht wurde, daß die Unternehmer den Schiedsgericht des Leipziger Schlichtungsausschusses, den sie selbst angerufen hatten, abgelehnt haben. Infolgedessen wurde von den Versammelten der Streik beschlossen. In gleicher Abstimmung wurden 1145 Stimmsettel abgegeben. Für den Streik entscheidend sich 1043, gegen den Streik 92, unglücklich waren 8 Stimmen. Der Streik wird also morgen, Donnerstag, früh beginnen, wenn nicht am heutigen Tage noch eine Verständigung unter der Leitung eines Regierungsvertreters herbeigeführt wird. Die Verhandlungen am heutigen Tage finden in Zills Tunnel statt, und wenn hier eine Einigung nicht erfolgt, wird morgen früh der Kampf auf der ganzen Linie entbrennen. Von der Arbeiterschaft ist alles getan worden, um eine Verständigung

Aus dem Werkchen der Arbeitslosjugend der J. Volksschule A, wie man uns schreibt, am 13. Februar eine umfangreiche Ausstellung, die Belege für den kurz vorher vom Lehrer Langguth gehaltenen Vortrag gleichen Themas. Sie zeigte an einer langen Reihe von Beispielen aus der Natur- und Raumlehre, wie Erfindungsunterricht getrieben, d. h. wie die Entdeckung der Naturgesetze im Schülerverlauf schöpferisch verwertet werden kann. Modelle, aus einfachstem Stoff in Klassenunterricht geschafften, veranschaulichten Bildung und Ausbildung kindlicher Erfindungsbegeisterung. Zahlreiche Werkzeichnungen, im gebundenen Zeichnen angebahnt, stellten die Vorbereitung auf den Werkstattunterricht dar, der dann die Verfeinerung der ausgereiften Ideen in edlem Werkstoff vermittelt. Der Vortrag gab u. a. auch Richtlinien, wie sich solch Werkstätten in den Werkstätten unserer Volksschule im Deutschunterricht auswerten läßt, und wies besonders auf freie Schülerporträts mit Schülerdebatten hin. Die Ausstellung zeigte starken Besuch und großen Anteil des Elternhauses, das viel für die Durchsetzung hier verkörperter neuer Ideen im Interesse seiner Jugend und dessen Zukunft tun kann. Recht erstaunt waren viele Eltern, als sie an den Zeichnungen und Modellen stellten konnten, wie sich die Schule seit ihrer Schulzeit entwickelt hat. Deswegen ist es Elternpflicht, fleißig in die Veranstaltungen zu kommen, um selbst noch mit zu lernen im Interesse der Kinder.

Preislaubbildung in Leipzig. Am 19. und 20. Februar 1921 findet im Blauen Saal des Krystalpalastes in Leipzig die 13. Preislaubbildung der Sächsisch-Thüringischen Preislaubbildervereinigung statt. Es sind 700 Tauben zusammengestellt nach Farben und Geschlechtern.

Lebensmittellieferanten für Donnerstag, den 17. Februar.

Für Haushaltungen.

Anmeldung, Butter: Letzter Tag — abzugeben Marken Q der Landesfettkarte Reihe A (80 Gramm). Ausgabe, 43. Kartenerteilung: Nr. 1801—1800 in den Bezirksstellen.

Zuckerkartenausgabe für Gastwirtschaften in der Warenverteilungsstelle für Wirte, Peterssteinweg 18.

Kohlenarten für Gewerbe-Behörden usw. im Kohlenamt Harzortstraße 3, I. Obergesch. 8—1 Uhr: Buchstabe J.

Auslandsschweinefleisch für Schwerkrankenbeschädigte: L.-G., Mehlertstraße 1, 2—5 Uhr.

Milchmehl: Letzter Tag — bestellt mit Hilfsmarke D 1 der Milchkarte für über 4 bis 6 Jahre alte Kinder (eine Dose).

Für Händler.

Teigware, Nahrungsmittel für Kleinkinder und Schwangere: Beauscheinennahme.

Polizeinachtrichten.

Feindnahme zweier gewerkschaftlicher Leitungsmitglieder. Wer ist bestohlen worden? Vor einigen Tagen hatte ein Kriminalbeamter auf offener Straße einen Zuhörer eines Gesprächs auf sein Interesse deshalb war, weil dabei von Gewerkschaftsmitgliedern gesprochen wurde. Die daraufhin von ihm angestellten Erörterungen führten bald zur Ermittlung und Festnahme der schon lange bekannten Gewerkschaftsleiter, auf die die Öffentlichkeit wiederholt hingewiesen worden war. Die Täter, ein 23jähriger Arbeiter und ein 31 Jahre alter Handlungsgehilfe, hatten seit Monaten gemeinlich die Leitungsmitglieder aus den Abteilungen in Gastwirtschaften und öffentlichen Gebäuden gestohlen. Mit welcher Frechheit dies geschehen ist, beweist der folgende Fall: Ein Tagesarbeiter erneuerte ein Klemmer in mehreren Abteilen des Hauptbahnhofs das Leitungsmitglied, das die beiden Stahlfäden kurz zuvor herausgeschnitten und mitgenommen hatten. Raum hatte der Handwerker den Raum nach Beendigung seiner Arbeit verlassen, als auch schon die beiden Diebe wieder zur Stelle waren und das eben erst neu angelegte Leitungsmitglied stahlen und damit unbemerkt davonstiegen. Nicht weniger als 23 solcher Diebstähle in Leipzig und 8 weitere solche in der Umgebung Leipzigs sind den beiden gewerkschaftlichen Leitungsmitgliedern bereits durch die Kriminalpolizei nachgewiesen worden, wobei festgestellt wurde, daß zahlreiche Bestohlene überhaupt noch keine Anzeige erstattet haben. Diese werden hierdurch erfaßt, das recht bald nachzuholen. — Natürlich hätten Diebstähle dieser Art einen so großen Umfang nicht annehmen können, wenn die Diebe nicht Abnehmer für ihre Beute gehabt hätten. Leider aber fanden sich nur allzu willige Käufer bei drei im Südviertel wohnenden Wirtshausbesitzern, die das gestohlene Leitungsmitglied, an dem sich mitunter noch Reste der Gumminetten oder sogar noch Teile der vorzellanenen Kleiderbetten befanden, also seine Herkunft zweifellos erkennen ließen, ohne Bedenken den frechen Dieben abzugeben. Auch diesen Händlern, von denen sich einer gleichfalls in Haft befindet, wird ihre Gewissenhaftigkeit schwer zu machen kommen.

Sprung aus dem Fenster des zweiten Stockwerkes. Am 13. Februar, vormittags, hat sich in der Naunhofer Straße in L. Stötterin ein 19jähriges Dienstmädchen aus einem Fenster der im zweiten Stockwerke gelegenen Wohnung seiner Dienstherrschaft in den Hof hinabgeworfen, wobei es einen Rückenwirbelbruch erlitten hat. Mittels Krankenwagen wurde die Verletzte nach dem Krantenhaus St. Jakob gebracht. Durch vor Aufdeckung einer Reihe von Diebstählen, die das Mädchen bei der Herrschaft begangen hatte, war der Grund seiner Verzweiflungszustat.

Aus der Umgebung.

Die „Einheitsfront des Realariats“.

In Gaußh wie in Dörsch sind die Kommunisten eifrig am Werke, für allerlei Unterhaltung zu sorgen. Besonders ihre Oberregisseur Max der läßt es sich angelegen sein, Abwechslung in die Langeweile des dörsch'schen Lebens zu bringen. Da wir bis jetzt erfreulicherweise noch nicht im Besitz eines ständigen Kinos sind, sorgen die Kommunisten durch Veranstaltung von Versammlungen dafür, daß ein verehrliches Publikum das notwendige Theater erleben kann. So hatten sie in diesen Tagen Schürig Leipzig nach hier beordert, der über die Einheitsfront des Realariats referierte und in den 25 Minuten seines Vortrages sich bemühte, den Beweis zu erbringen, daß eine Einheitsfront von seinen Parteifreunden mit allen Mitteln verhindert wird. Noch besser verstand es der recht jugendliche Grünhaller von RVPD., der eifrig für die Methoden eines Höfz eintrat und die vorweggenannten Hypothesen niederprasseln ließ. Je größer der Wödsch, der verzapft wurde, desto lebhafter der Beifall! Natürlich mußte auch Max der seinem aquätilen Herzen Luft machen: die übliche Schimpfkanonade auf die USF, und dann die Leipziger Volkszeitung... ach, das Herz blutet ihm, wenn er sie jetzt ansieht, weil er nicht mehr Gelegenheits hat, die geistvollen Seitensätze eines Weser jun. darin zu bewundern. Galten tut er das Blatt schon lange nicht mehr, aber zu seiner Orientierung kauft er sich dann und wann schweren Herzens eine Nummer für 30 Pfg. Wenn auch im Roten Kurier „Der ganze Gemeindegang“ fehle, so sei es doch Pflicht, dieses Blatt zu halten. — Das Geschäft scheint recht mies zu gehen. M. muß ja als Hauptkolporteur des Leipziger Sidens Bescheld wissen! Auch das Anteilsgeschäft will nicht klappen, trotz der höchsten Verzinsung mit 4 Prozent. — Unser Genosse G. e. i. l., der in der Diskussion zu Worte kam, hielt den meistwichtigen Volksbegleitern den Spiegel ihrer Taten vor die Nase und wies u. a. auf die Minderheiten deutsch-nationaler Kommunistenverbrüderung hin. Es ist begreiflich, daß darob bei den kommunistischen Gefühlsheiden ein ohrenbetäubendes Geheule und Geschlohe einsetzte, zumal Oberregisseur Max der von der Bühne aus seinen Redaktionsstump mit entsprechenden Gesten dirigierte. Er versteht eben sein Publikum von der richtigen Seite anzufassen und je toller die „revolutionäre Kampfstimmung“ sich ausstößt, desto neugieriger ist man.

So sieht hier die „Einheitsfront“ aus. Was in jahrelanger, jäher und unverdrossener Arbeit die ärgsten Reaktionen nicht fertiggebracht haben, unfre Organisation zu sprengen, das versuchen die Kommunisten hier mit allen Mitteln des Terrors gegen die eigenen Klassenangehörigen. Im bürgerlichen Lager ist man natürlich ab dieser fäuligen Mitarbeit sehr erfreut und reißt sich vergnügt die Hände; ja, unse „Kommunisten“, die verstehen, und

uns soll es nicht wundernehmen, wenn der seltsamste Kurier eines Tages deshalb aus Mitteln des geinnungswirtschaftlichen Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie subventioniert wird.

Wir brauchen uns allerdings über den Reinigungsprozess, der sich da vollziehen hat, nicht zu grämen, sind es doch die bildungsunfähigsten Elemente, die den kommunistischen Phrasenhelden nachlaufen und darauf warten, daß ihnen die schon lange versprochenen gebratenen Tauben ins große M—undwerk fliegen. Aber so raddaustig und soich man gegen die eigenen Klassenangehörigen vorgeht, so gestitt weiß man sich sonst durchs Leben zu finden. So zum Beispiel, wenn unsere Kommunisten bei Tausen und Hochzeiten im Schmuck der glänzenden Angströhre und im Pratenrot zur Kirche wandern oder bei bürgerlichen Philantropen um abgelegte Hofen betteln gehen. Auch zum Herrn Pfarrer soll schon mancher den Weg gefunden haben zwecks Ausstattung der Kinder zur Konfirmation. Du lieber Gott, man ist ja gar nicht so: ach ja, Herr Pastor, Herr Pastor, das liebe Geld — na, ich werd's Ihnen nie vergessen. . . So würdelos können eben nur Menschen sein, die jedweden Klassenempfindens und proletarischen Stozes bar sind. Der große Teil der klassenbewußten Arbeiterschaft aber, der nach wie vor treu zu uns steht, wird sich bemühen, durch rege Agitationsarbeit den alten Kurierproben USF-Ortsverein trotz aller Anfeindungen von rechts und links auch weiterhin zu stärken und unser Organ, die Volkszeitung, in jedem Arbeiterhaushalt einzuführen. Die kommunistischen Schreihälte aber werden eines Tages von der Blödschne verschwinden, denn sie reden von Kommunismus und haben noch niemals den Sozialismus begriffen. So ist denn auch ihre „Ueberzeugung“ nicht verinnerlicht, sie haßt nur äußerlich. Wäre es anders, dann müßte man schon früher etwas von ihrem proletarischen Selbstbewußtsein wahrgenommen haben. Denn ein großer Teil von ihnen schäpfe bis vor kurzem sein politisches Wissen aus dem Stadt- und Dorfanzeiger und die Wirkung dieser Lektüre äußert sich nun in ihrem Verhalten. Mit der Dummheit kämpfen Mütter selbst vergebens. — Die Kommunisten aber kämpfen nicht erst dagegen, sondern benutzen sie als agitatorisches Mittel gegen die sozialistische Arbeiterschaft.

Dörsch-Gaußh. Alle Eltern und Erzieher, die ihre Kinder nicht konfirmieren lassen, sondern sie an der Jugendweihe des Arbeiter-Bildungs-Instituts im Gewandhaus teilnehmen lassen wollen, werden ersucht, ihre Adresse an den Genossen Krüger, Dörsch, Hauptstraße Nr. 46, abzugeben.

Lehrg. Der Ortsverein veranstaltet vom 2. März d. J. an jeden Mittwoch einen Vortragsabend in der Aula der Schule. Genosse Herr behandelte in einer Reihe von Vorträgen das Thema: Die Entwicklungsgeschichte der Menschheit. Es ist notwendig, daß jedes Mitglied die gebotenen Bildungsmöglichkeiten ausnützt, um die Lücken der Volksschulbildung auszufüllen. Wissen ist Macht, Bildung macht frei. Geschichtliche Ueberzeugung macht stark im Kampfe gegen die Feinde des Proletariats. Wer die Vergangenheit aus der Geschichte kennt, wird die Gegenwart verstehen und festes Bewußtsein, den Blick fest auf unser Ziel gerichtet, in die Zukunft schauen. Der Preis der Teilnehmerkarte ist derart niedrig, daß jedem Mitgliede die Teilnahme ermöglicht ist. Karten sind bei den Beisitzern zu entnehmen.

Lehrg. Karten zu dem Kindernachmittag vom Bildungsinstitut im Festsaal am 2. März sind für unseren Ort zu entnehmen in den Konsumvereins-Geschäftsstellen Lindenauer und Barneder Straße sowie in den Zigarrengeschäften von Gustav Schmidt, Hauptstraße 87, und Otto, Ede Haupt- und Weinbergstraße. Der Preis der Karten beträgt 1 Mk. Wir bitten die Genossen um rege Beteiligung. Außerdem sind noch eine geringe Zahl von Teilnehmerkarten zu dem Kursus des Genossen Herr über die Entwicklungsgeschichte der Menschheit zu haben.

Vapiv-Modelw. Freitag, den 18. Februar, abends 1/2 8 Uhr, Sitzung sämtlicher Parteifunktionäre und Wahlhelfer im Gasthof Modelw.

Hänichen. Aus dem Gemeinderat. In letzter Sitzung wurde zunächst der als Erkannungs für den ausgeschiedenen Lehrer Bernd einberufene Herr Gärtnerbesitzer Luft als Gemeinderatsmitglied eingewiesen. Es erfolgte hierauf Mitteilung über die zugewiesenen Lebensmittel. Für die Sommerfeuerung soll ein Waggon Erde angekauft werden. Bestellungen hierauf sind bis zum 15. Februar a. c. im Gemeindeamt aufzugeben. Die Erhöhung der Gebühren für die Leichenfrau wird abgelehnt. Herr Luft wird in den Finanz- und Wasserleistungsausfluß gewählt. Gemäß des Vorschlags des Finanzausschusses sollen künftig verbilligte Kartoffeln und Kohlen nur diejenigen bedürftigen Einwohner erhalten, deren wöchentliches Einkommen 100 Mk., anstatt wie bisher 100 Mk., nicht übersteigt. Zu dieser Herabsetzung war der Ausschuss geneigt, weil sonst der Kreis der Bezugsberechtigten zu groß werden und die Gemeinde diese Belastung nicht für längere Zeit ertragen würde. Zunächst werden 1000 Mk. hierfür zur Verfügung gestellt. In erster Linie sollen bedürftige Witwen, Erwerbslose und Kurzarbeiter, sofern letztere mindestens zwei Wochen verklärt arbeiten, berücksichtigt werden. Dieser Vorschlag wurde zum Gemeinderatsbeschluß erhoben.

k. Lindenthal. In der letzten Gemeinderatsitzung gab der Vorsitzende bekannt, daß die Freiwillige Feuerwehr den Reinertrag eines Vergütens in Höhe von 175 Mk. für erholungsbedürftige Kinder zur Verfügung gestellt hat. — Für die Häuser der Wagenoffenschaft ist ein Hauptwassermeister an der Ede Lewinstraße—Erglerplatzstraße eingebaut worden. — Die Thüringer Gasgesellschaft hat den Preis für den Kubikmeter Gas von 1.20 auf 1.25 Mk. erhöht. — Der Beitritt der Gemeinde zur Kraftverkehrsversicherung wurde einstimmig abgelehnt. — Die Brandschadenversicherung für den Lindenthal soll im Brandobjekt selbst verbaut werden, um einige Wohnungen zu schaffen. — Für die geplante Ausstellung eines Denksteins für gefallene Lindenthaler soll eine Hausammlung in der Gemeinde erfolgen. — Ein Baugesuch des Fabrikbesizers Töpe wurde genehmigt. — In Anbetracht der zu erwartenden Erhöhung der Frachttäge sollen noch einige Fuhrn Knad und Gelanrus zur Straßen- und Fußwegverbesserung gekauft werden. — Die Uebernahme der Straßen der Schreiber-Landhauskolonie auf die Gemeinde wurde abgelehnt. — Ein Gesuch des Bauers Teilig um Ueberlassung von Land zur Aufstellung eines Geräteschuppens wurde genehmigt. — Herr Jahr brachte die Hebammenfrage am Orte zur Sprache. Eine Regelung ist in Kürze zu erwarten, da alles Erforderliche bereits eingeleitet wurde. — Herr Oberbahnassistent Wilhelm Pfennig, Mitglied der Fraktion der SPD. des Gemeinderates, gab die Erklärung ab, daß er niemals im Geschäftsausfluß der „Arbeitsgemeinschaft“ Berichte gegeben habe. Wir nehmen davon Kenntnis und erklären, daß Herrn Pfennig Unrecht getan wurde. Schuld tragen aber die unklaren Angaben der „Arbeitsgemeinschaft“. Daß im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit der „Geschäftsausfluß“ erwähnt wurde, steht fest und wird durch viele Zuhörer bestätigt. — Zur Erleichterung des Kirchenausstrits wurde beschloßen, das Ständesamt einen Sonntag um den anderen zwei Stunden zu öffnen.

Markranstädt, Rausen, Görenz, Albersdorf, Rukwih, Görnitz, Seebenhilf, Qußig, Dörsch, Priesteblich, Groß- und Klein-Wittig. Die Eltern, deren Kinder zu Ostern die Schule verlassen und an der Jugendweihe in der Aula der Schule zu Markranstädt teilnehmen wollen, mögen recht bald ihre Anmeldung schriftlich oder mündlich beim Genossen Herrn Engelhardt, Markranstädt, Scheußiger Straße 15, abgeben. Gleichzeitig laden wir alle Eltern, welche Kinder aus der Schule gehen lassen, zu einer Besprechung Dienstag, 22. Februar, abends 8 Uhr, nach der Turnhalle der Freien Turnerschaft, Krakauer Straße 26, ein.

bigung zu erreichen. Die Unternehmer haben aber auch diesmal wieder, wie aus dem vorstehenden ersichtlich, den Schiedsgerichtsbescheid abgelehnt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Leipzig.

Wahlung, Zimmerer!

Sämtliche an Wesschbauten und mit sonstigen Messarbeiten beschäftigten Zimmerer haben heute morgen die Arbeit wegen Lohnstreitigkeiten eingestellt. Die gepflogenen Verhandlungen sind gescheitert.

Generalversammlung der Holzarbeiter Leipzig.

Am 8. Februar hielten die Holzarbeiter ihre Jahresversammlung ab, die sehr stark besucht war. Besonders erfreulich war, daß viele alte Kollegen, die sich in der letzten Zeit vom Verbanden zurückgezogen hatten, durch zahlreichem Besuch erhöhtes Interesse bekundeten. Auch die weiblichen Mitglieder waren stärker als sonst vertreten.

Bevollmächtigter Hahn gab einen Überblick über das vergangene Geschäftsjahr. Durch die einseitigen Wirtschafts- und politischen Krisen wurde die Tätigkeit der Verwaltung stark gehemmt und der Widerstand der Unternehmer gegen unsere Forderungen verstärkt. Eine durchgreifende Verbesserung der Lebenslage unserer Mitglieder konnte deshalb nicht im notwendigen Maße erzielt werden. Sehr erschwerend für unsere Bestrebungen wirkte auch die mangelnde Vertragstreue des Schlichterverbands, der es immer wieder versuchte, die Entscheidungen hinauszuschieben. Die Frage der Vertragsfähigkeit des Schlichterverbands bedarf der eingehenden Prüfung. Der Verehrung unserer Mitglieder, insbesondere der Arbeitslosen, muß mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Den Kassenbericht gab Kollege Kranz. Die Einführung der Zahlabende hat sich bewährt, kleinere Mängel werden noch abgestellt werden können. Der Umsatz der Marken, wie auch die Beteiligung an den freiwilligen Sammlungen, war im allgemeinen zufriedenstellend. Nur einige Kleinbetriebe haben sich bei den Sammlungen nicht beteiligt. Auch die Mitgliederzahl hat sich stabil gehalten. Die Gesamteinnahme betrug bei der Hauptkassse 1.588.076 Mark, die Ausgabe 1.443.995,19 Mk., bei der Nebenkassse: Einnahme: 537.701,65 Mk., Ausgabe: 557.575,84 Mk. In der Distriktskonferenz dankte Kollege Arnold, Dammschön und Rüdert an, daß die Verwaltung bestrebt war, das Beste für die Mitglieder zu erreichen. Die stärkeren Verhältnisse müßten aber durch stärkere Mittel (gemeinsame Aktionen) durchbrochen werden. Kollege Bruno Stephan (ehemaliger Beauftragter der sächsischen Regierung) war von den Rechtssozialisten als Sprecher vorgeschickt worden und entließ sich seiner Aufgabe mit der ihm eigenen Art. Es war eine für die Anwesenden außerordentlich starke Belastungsprobe, von einem Kollegen Ratsschläge über Taktil entgegenzunehmen, dessen Name neben einem Senft u. Wilsch an den Leipziger Anschlagläufen prangte. Ausgerechnet diesen Renegaten ins Feld zu schicken, ist wohl das dümmste, was den Rechtssozialisten hätte einfallen können. Mit herzerfrischender Deutlichkeit sagte ihm Kollege Freiliche, was die Leipziger Holzarbeiter von ihm halten.

In seinem Schlusswort wies Hahn darauf hin, daß es in der Praxis undurchführbar sei, sich auf eine bestimmte, abgegrenzte Takt festzusetzen. Wir werden immer bestrebt sein, die Situation erschöpfend für uns auszunutzen. Sollten sich unsere Wege mit denen des ADGB kreuzen, so werden wir nicht zögern, unsere Standpunkte zu wahren. In unserer raschlebigen Zeit werden auch die besten Erfolge der Gewerkschaften rasch überholt. Deshalb können auch die Gewerkschaften dem politischen Kampf nicht teilnahmslos gegenüberstehen, sondern müssen aktiv an ihm teilnehmen. Entschieden sich unsere Mitglieder für bestimmte Ziele, so wird die Verwaltung auch dem Rechnung tragen. — Hierauf wurde gegen wenige Stimmen Hahn als Bevollmächtigter und Kranz einstimmig als Kassierer gewählt.

Schredensberger kam dann auf die Prophezeie zu sprechen und bestritt, daß die Absicht bestanden habe, die Kollegen S. W. und N. aus der Verwaltung zu entfernen. Auch die Redaktion der L. B. bekam einen Seitenhieb, weil sie angeblich eine von ihm verfasste Berichtigung nicht brachte. Wie schwach seine Argumente waren, ging schon daraus hervor, daß man dem Kollegen W. gleich drei kommunistische Gegenkandidaten gegenüberstellte und sich somit selbst das Zeugnis der Unehrlichkeit ausstellte. Kollege Janowski wies demgegenüber kurz darauf hin, daß ihm die fraglichen Mitteilungen von durchaus glaubwürdiger Seite zugegangen seien. Weiter teilte er Einzelheiten aus Sch's Tätigkeit mit, die dieser auch gar nicht bestreiten konnte. Diese Ausführungen schienen den K. P. -Leuten besonders unangenehm zu sein, sie versuchten deshalb durch wüsten Lärm den Redner andauernd am Reden zu verhindern, was ihnen aber doch nicht ganz gelang.

Bei den Wahlen versuchten die Kommunisten wieder die übliche Mogelei. So glaubten sie besonders schlau zu handeln, indem sie die von der Verwaltung vorgelegten Vorschlagslisten einwendeten. Trotz alledem hatten sie eine vernichtende Niederlage zu verzeichnen. Das Resultat der Wahlen ist eine scharfe Abgabe an die kommunistischen Propagandapostulanten. Zeigen unsere Freunde die gleiche Gesinnung bei den bevorstehenden Wahlen zum Gau- und Verbandstag, so ist die Bahn frei für ein ersprießliches Arbeiten im Interesse der Arbeiterschaft.

Die Reichsstarifverhandlungen im Versicherungsgewerbe. Das Reichsarbeitministerium hatte zum Freitag die Parteien zu einer Besprechung über den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts geladen, der von den Organisationen gestellt worden war. Der Arbeitgeberverband beharrte auch hier wieder auf seinem Standpunkt, die beiden protokolllarischen Ergänzungen des zweiten Schiedsgerichts zu streichen. Er lehnte die eventuelle Ausdehnung der Verhättnisgrundlage auf leihende Angestellte ab, außerdem verlangte er die Anrechnung der Leistungen der Arbeit-

geber zu Versorgungsleistungen oder für die Sozialversicherung auf die Tarifbesitzge.

Die Arbeitnehmerorganisationen haben durch Annahme des Schiedsgerichts sehr erhebliche Abstriche ihrer Forderungen hinnehmen lassen müssen. Sodah keine Veranlassung vorlag, dem weiteren Verlangen des Arbeitgeberverbandes zu entsprechen.

Es wird nunmehr die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts erwartet, um damit für das erste halbe Jahr die schon seit mehreren Wochen währenden Verhandlungen zum Abschluß zu bringen.

Provisionsgeneralagenturaufstellung. Die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Reichsstarifvertrages begannen am 14. Februar gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsvertreter und dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen.

Zentralverband der Angestellten, Bezirk Leipzig.

Eine Erklärung des Bergarbeiterverbandes zur Frage der Ueber-sichten.

DA, Bochum, 14. Februar. Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands verbreitet folgende Erklärung: Durch die Presse geht die Nachricht, daß am Sonntag eine Konferenz der Vertrauensleute unseres Verbandes zur Ueber-sichtenfrage Stellung genommen und beschlossen habe, das Ueber-sichtenabkommen zu kündigen und nicht zu erneuern. Diese Nachricht ist irreführend; denn es hat eine solche Konferenz für das ganze Ruhrgebiet noch nicht stattgefunden. Infolgedessen liegt auch noch kein endgültiger Beschluß in dieser Frage vor. Zugegeben soll aber werden, daß eine Reihe von Bezirkskonferenzen und Besprechungen sowie auch einzelne Bezirkskonferenzen sich mit dieser Frage beschäftigt und die Einstellung der Ueber-sichten verlangt haben. Die Verhandlungen darüber sind aber noch nicht abgeschlossen. Der Vorstand wird in aller nächster Zeit zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen. Maßgebend dabei werden auch die Entscheidungen sein, die auf der Internationalen Konferenz in London gefaßt worden sind.

Des weiteren teilt der Verbandsvorstand in seiner Erklärung mit, daß mit der Regierung Verhandlungen eingeleitet sind, die in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen dürften und bezwecken, daß die Ausgabe von Lebensmittel und sonstigen Zuwendungen nicht mehr auf den Rechen, sondern durch die Konsumgenossenschaften erfolgen wird. Es ist in Aussicht genommen, diese Neuregelung ab 1. März ds. Js. in Kraft treten zu lassen.

Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Die am Montag in der Generalversammlung stattgefundenen Wahlen ergaben folgende Resultate:

Ortsverwaltung: Buchdruck: Vorlop, Erwin, Springer, Richard, Rohland, Otto, Gebhe, Klara, Kollisch, Helene; Stein-druck: Heidenreich, Olga, Bachmann, Alfred, Lindner, Felix; Schriftführer: Dertel, Alfred; Kartellvertreter: Wolfen, Karl, Basse, Otto, Koh, Anna, Engelmann, Karl, Tiepner, Alfred; Revisoren: Desse, Otto, Grohmann, Karl, Liebing, Klara, Stamm, Geors. Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Aus dem Graveur-Berufe.

Einen Inserat, durch welches ein Graveur-Verleihung gesucht wird, liest der lachende Unternehmer den Satz bei: „Der Graveur-Beruf ist nicht überfüllt und hat hohen Lohnsatz“. Das muß Eltern und Erzieher nur irreführen, denn für die Verhältnisse des Graveur-Berufes besteht eine tarifliche Regelung der Verhältnisse überhaupt nicht. Die Kleinmeister des Graveur-Gewerbes, die zum Teil den rückständigen Zwangsvereinigungen angehören, haben sich bei allen Tarifverhandlungen mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, den Verleihung mit in den Tarif hineinzubringen. Die Arbeitnehmer-Vertreter mühen sich einzuwirken, um den Tarif nicht scheitern zu lassen, damit abfinden.

Neben der Entlohnung erfordert die Beschaffung des Werkzeuges dringende der Regelung. Welche Klagen sind uns — leider immer erst zu spät — von Eltern vorgebracht worden, wenn es galt, für den jungen Mann das Werkzeug zu schaffen. Ein Graveur-Inhaber, der vor dem Kriege für 21 Pfennige zu haben war, kostet heute 320 Mk. Ein Verleihung der Reliefbranche braucht einige Hundert Mark, ein paar Hundert Ziselierungen, Hammer, Zirkel, die heute ein großes Stück Geld kosten. Der Tarif bietet auch den Gehilfen nichts Besonderes, da der Beruf den letzten wirtschaftlichen Schwankungen ausgesetzt ist und der Graveur dann sofort zu den Kurzarbeitern gehört. Es gibt in Leipzig nicht einen einzigen Gehilfen, dem es möglich gewesen wäre, selbst für aualifizierteste Arbeit auch nur einen Pfennig über den Minimallohn zu verdienen. Eltern erhalten nähere Auskunft im Deutschen Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Leipzig.

Wirtschaftsbeihilfe im Buchdruckgewerbe.

Die in Leipzig geführten Verhandlungen des Tarifausschusses der deutschen Buchdrucker, bei denen namentlich um Bewilligung einer weiteren Teuerungszulage ein harter Kampf geführt wurde, haben einen Abschluß gefunden. Der Schlichtungsausschuss sowohl als auch der Tarifausschuss haben in Anbetracht der Lage der häuslichen Verhältnisse der Gehilfen eine weitere Hilfe für erforderlich angesehen.

Die einmalige Wirtschaftsbeihilfe soll in den Lohnklassen B und C betragen: 74. Prozent Vorkassenzulage 100 Mark In Orten bis einschließlich 74. Prozent Vorkassenzulage 150 Mark In Orten mit mehr als 74. — 174. Prozent Vorkassenzulage 150 Mark In den übrigen Orten 100 Mark zahlbar in drei Raten, und zwar mit je einem Drittel in den Monaten Februar, März und April, jeweils am dritten Jahrtage.

Den Hilfsarbeitern über 21 Jahren ist ein anteilmäßiger Betrag nach den für die Entlohnung im Reichsstarif festgesetzten Prozentsätzen zu zahlen. Seit dem 3. November 1920 unter Vorbehalt gewährte außertarifliche Zulagen können auf die obige Beihilfe angerechnet werden.

Zum Buchdruckerstreik im Saargebiet.

Der am 3. Februar ausgebrochene Streik im Buchdruckgewerbe der Saar scheint sich zu einem Nachkriegs des Unternehmertums zu entwickeln. Einigungsverhandlungen vor dem Arbeitsamt der Saarregierung scheiterten an dem Widerstand der Prinzipalität. Der Streik geht unverändert weiter.

In Kassel haben die Buchdrucker und Seher am 14. Februar mittig wegen Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Die heutigen Mittagsblätter konnten infolgedessen nicht erscheinen. Ebenso ist das Erscheinen der Dienstag-Morgensetzungen als ausgeschlossen zu betrachten. Verhandlungen sind im Gange.

Die Arbeiter der Blusen- und Kleiderkonfektion in Berlin haben beschlossen, den Streik abzubauen und die Arbeit in sämtlichen Betrieben heute wieder aufzunehmen. Der Streik in der Herrenkonfektion dauert noch fort.

Der Achtstundentag in Belgien.

Die belgische Kammer hat nunmehr das Gesetz über den achtstündigen Arbeitstag und die 48stündige Arbeitswoche verabschiedet. Es wurde mit 143 gegen 8 Stimmen angenommen.

In Deutschland bemühen sich die Unternehmer insgeheim und offen, den Achtstundentag wieder zu beseitigen. Sie hätten es schon längst getan, wenn sie schon die Kraft dazu aufzubringen vermöchten. Sie zu zwingen, ist ihr ständiges Bemühen. Um so notwendiger ist die Erhaltung der Geschlossenheit der Gewerkschaften, damit dem reaktionären Bestreben der deutschen Kapitalisten erfolgreich entgegengetreten werden kann.

Berichtsaal.

Die „bloße Anwesenheit genügt“.

Wegen Landfriedensbruches sind am 13. August v. J. vom Landgericht Hildesheim der Schlosser Karl Biedermann und die Mitangeklagten Seeger und Gerke zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Sie haben sich einer zusammengewürfelten Menschenmenge angeschlossen, welche Gewalttätigkeiten beging gegen den Inspektor B. und welche dann in einem Zuge zum No. 20 zog. Die Versammelten hatten erst nur die Absicht, von dem Inspektor den ihnen vorenthaltenen Lohn zu fordern, die Unternehmer artete aber dann in Gewalttätigkeiten aus. Die Angeklagten bestritten in ihrer Revision, daß die bloße körperliche Anwesenheit in der Menge genüge, um den Tatbestand des Landfriedensbruches festzustellen und behaupteten, daß vielmehr auch eine innere Anteilnahme erforderlich sein müsse. Das Reichsgericht verwarf die Revision als unbegründet, da ein Aufhalten in der Menge auch genüge, wenn nur die Möglichkeit besteht, daß Gewalttätigkeiten begangen werden und daß dies den Angeklagten zum Bewußtsein gekommen ist. Die Klassenjustiz bleibt also bei ihrer alten — ungalbaren — Spruchpraxis.

Schwurgericht.

Schwerer Raub. Der seit fünf Monaten arbeitslose Bäcker-geselle K. Brelshner aus Dresden erhielt, da er Hunger hat, keine Arbeitslosenunterstützung. Er versuchte zwar, in Kohlen-gruben Arbeit zu finden, was ihm aber nicht gelang. Auf einem Landjagd in Dresden lernte er ein Mädchen kennen, mit der er sich zusammentat, für die er bettelte und unter anderem beim gemeinsamen Nächtigen in einem Hotel auch Betteln stahl. In Leipzig, wohin er mit dem Mädchen kam, versuchte er am 20. November v. J., um Geld zu erhalten, in Connewitz einer Schneidlerin auf offener Straße eine Handtasche zu entreißen. Er ließ die Tasche aber wieder fallen und entflo. Deshalb hatte er sich wegen versuchten schweren Raubes vor dem Schwurgericht zu verantworten. Da die Tragikomen der Handtasche aber ganz morsch waren und sofort ohne große Gewaltanwendung zerrissen, nahmen die Geschworenen nicht Raub, sondern Diebstahl an, und das Gericht verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrenrechtsverlust.

Briefkasten der Redaktion.

Regend, Eisenburg. Sie kommen jetzt als Erbe nicht in Frage. 1. Mk. Parteikasse.

E. L., Württemberg. Sie haben Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung in Leipzig. 3. Mk. Parteikasse.

D. G. 22. 1. Ein solches Gesetz besteht nicht. 2. Diese Steuern müssen vom Mann bezahlt werden. Man kann sich vor ihnen nur schützen, wenn der Austritt erfolgt.

G. H. 100. 1. Maßgebend dafür ist vor allem der frühere Beruf des Kriegsteilnehmers. Deshalb läßt sich Ihre Frage nicht so ohne weiteres beantworten. 2. Der dreifache Jahresbetrag der zuletzt bezogenen Rente.

M. J. Verboden ist eine Ehe zwischen einem wegen Ehebruchs geschiedenen Ehegatten und demjenigen, mit dem der geschiedene Ehegatte den Ehebruch begangen hat, wenn dieser Ehebruch im Scheidungsurteil als Grund der Scheidung festgestellt ist. Von dieser Vorschrift kann eine Befreiung bewilligt werden. — 1. Mk. Parteikasse.

K. H. 24. 1. Sie werden auch dann nicht Ihre Pflichten los. 2. Wenn das nachgewiesen wird, kommt keiner in Frage. — 1. Mk. Parteikasse.

Betriebsrat. Wird die Kündigung ausgesprochen, so muß die Ungelegenheit dem Schlichtungsausschuss zur Entscheidung unterbreitet werden. — 5. Mk. Parteikasse.

Persil

wäscht
schneeweiß,
ersetzt Rasenbleiche,
schont und erhält
die Wäsche,
spart Arbeit
Seife u. Kohlen.
Bestes und billigstes
selbsttätiges
Waschmittel
Preis Mk. 4.— das Paket

**Henkel & Cie.,
Düsseldorf.**

Kohlen-Großhandlung

Albert Reimann

Tauchaer Straße 43 Leipzig-Neustadt Fernsprecher 1943

erbtet Anmeldung von Kohlen- und Koksarten für
Haushalt, Gewerbe, Zentralheizung usw. — Lieferung
im Bahn- und Landbezug frei Haus und ab Lager.

**Was, Sie frieren?
Warum?**

Weil Sie Ihre Kohlenkarte nicht beim

Kohlen- u. Brikett-Vertrieb

Telephon 50 195 Rich. Boll, Äußere Hallische Str. 72 Telephon 50 195
angemeldet haben.

Ein schöner Fuß
wirkt häßlich

wenn die Schuhe nicht
fein gepulzt sind. —
Schuhkrem Pilo-Extra
(mit Terpentinöl hergestellt)
gibt sofort eleganten
Hochglanz.

Verlangen Sie überall **Pilo-Extra**
(friedensmäßig hergestellt).

Vertreter: Emil Gathmann, Leipzig, Grimm-Steinweg 8

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair.

VII.

83]

Der kleine Mann hatte eine lange Rede gehalten und verstimmt erschöpft, ein furchtbarer Husten überfiel ihn, er presste beide Hände gegen die Brust, und sein blaßes Gesicht glühte rot im Feuerchein. Die Frau brachte ihm ein Glas Wasser, sie stand neben ihm, die Hand auf seine Schulter gelegt; ihr breites, tiefgeschürftes Bauerngesicht bebte. Auch Jimmie erzitterte; in seiner Seele stieg die Vision eines gewaltigen Schicksals auf. Jetzt kannte er die wahre Lage, wußte, was seine Pflicht sei. Es war ganz einfach, ganz selbstverständlich, sein ganzes Leben war eine Vorbereitung darauf gewesen. In seiner Seele schrien die Worte eines andern proletarischen Märtyrers auf: „Lass diesen Keld an mir vorübergehen!“ Doch unterdrückte Jimmie die Stimme seiner Schwäche und sprach: „Sagen Sie mir, was ich tun soll, Genosse!“

Katlenkin fragte: „Haben Sie in Amerika Propaganda getrieben?“

„Freilich; ich bin einmal wegen einer Rede unter freiem Himmel eingesperrt worden.“

Der andre verfügte sich in eine Ecke des Zimmers, wühlte unter einem halben Duzend Kohlköpfen herum und brachte ein Paket zum Vorschein. Es enthielt etwa zweihundert Flugblätter. Katlenkin übergab sie Jimmie und sagte: „Man fragt mich: „Wie sollen wir den Amerikanern die Wahrheit klarmachen?“ Ich antworte: „Zeigt ihnen, wie wir bei den Deutschen Propaganda machen, druckt die Proklamation an die Deutschen in englischer Sprache ab, damit die Engländer und Amerikaner sie lesen können. Das wird vielleicht nützen.“

Jimmie hielt das Flugblatt näher an die Lampe und las: „Proklamation des Armeekomitees der russischen zwölften roten Armee, in Niga angeschlagen während der Besetzung der Stadt durch die Deutschen.“

Deutsche Soldaten!

Die russischen Soldaten der zwölften Armee machen Euch darauf aufmerksam, daß Ihr einen Krieg für die Aristokratie, gegen die Revolution, die Freiheit und die Gerechtigkeit führt. Der Sieg Wilhelms wäre der Tod der Demokratie und der Freiheit! Wir räumen Niga, doch wissen wir, daß die Kräfte der Revolution sich als gewaltiger erweisen werden, denn die Kraft der Kanonen. Wir wissen auch, daß schließlich Euer Gewissen siegen wird, und daß der deutsche Soldat mit der russischen revolutionären Armee vereint zur Freiheit vordringen wird. Augenblicklich seid Ihr stärker als wir, doch ist Eure Macht bloß die der brutalen Gewalt; die moralische Macht ist auf unserer Seite. Die Geschichte wird Euch lehren, daß sich das deutsche Proletariat gegen seine revolutionären Brüder gewandt und der internationalen proletarischen Solidarität vergesen hat. Dieses Verbrechen könnt Ihr nur auf eine Art sühnen. Begreift, was Euer eigenes und zugleich das Interesse der Allgemeinheit ist, und bekämpft mit allen Kräften den Imperialismus. Geht Hand in Hand mit uns — dem Leben, der Freiheit entgegen!

Jimmie bläute auf.

„Was meinen Sie dazu?“ — fragte Katlenkin eifrig. „Famos!“ — rief Jimmie. — „Gerade so etwas tut uns not. Gegen das können Sie nichts einwenden, das zeigt ihnen, was die Bolschewiki tun.“

Der andre lächelte grimmig. „Towaritsch, wenn dies Flugblatt bei Ihnen gefunden wird, so werden Sie niedergeschossen wie ein Hund. Wir werden alle toteschossen.“

„Weshalb?“

„Weil es bolschewistisch ist.“

Jimmie wollte ausrufen: „Aber es ist doch lautere Wahrheit!“ — erkannte indessen selbst die Realität dieses Ausspruchs und schwieg, während Katlenkin fortfuhr:

„Sie dürfen es nur Leuten zeigen, auf die Sie sich verlassen können. Versuchen Sie die Flugblätter gut, nehmen Sie eines heraus, machen Sie es schmutzig und sagen Sie: „Ich habe es auf der Straße gefunden; schaut, so betämpfen die Bolschewiki den Kaiser, weshalb aber bekämpfen wir sie?“ Verteilen Sie einwischen diese Blätter, in eilichen Tagen werde ich Ihnen etwas Neues bringen.“

Jimmie gab zu, dies sei das geeignetste Vorgehen. Er stopfte zwanzig Flugblätter in die Innentasche seines Rockes und zog den schweren Pelz und die warmen Handschuhe an, die er gern dem halb verhungerten, halb erkorenen Bolschewiki verlassen hätte; dann klopfte er ihm auf die Schulter und sagte: „Verlassen Sie sich auf mich, Genosse, ich werde die Flugblätter verteilen, und ich wette darauf, sie werden nicht ohne Wirkung bleiben.“

„Und Sie werden mich nicht verraten!“ fragte Katlenkin mit wilder Heftigkeit.

„Nicht, wenn Sie mir bei lebendigem Leib die Haut abzulehen.“

Schwarzwanzigstes Kapitel.

Jimmie Higgins findet seine Seele.

I.

Jimmie begab sich zum Abendessen in die Messe, doch würgten ihn die dampfenden Speisen in der Kette, — er gedachte des halbverhungerten kleinen Juden. Die dreißig Silberlinge brannten jeder ein eigenes Loch in Jimmie Higgins Tasche, und wie einst Judas, verlangte es ihn, sich aufzuhängen — und er tat dies auch nach der allerstrengesten Methode.

Neben ihm sah ein Motorradfahrer, vor dem Krieg ein organisierter Kämpfer, der mit Jimmie oft darüber gesprochen hatte, die Arbeiter dürften nach dem Kriege nicht stellenlos bleiben, sonst werde den Politikern. Nach beendeter Mahlzeit zog Jimmie seinen Nachbarn beiseite und sagte: „Hören Sie, ich habe etwas Interessantes!“

„Interessante Dinge gab es in der arktischen Zone wenig. „Was denn?“ — fragte der Kämpfer.

„Ich ging auf der Straße und sah ein Stück bedrucktes Papier im Kinnstein. Es ist die Kopie einer Proklamation der Bolschewiki an die deutschen Soldaten, die in den deutschen Schützengräben verteilt wurde.“

„Aufsch! Was steht drin?“

„Die Soldaten werden aufgefordert, sich gegen den Kaiser zu erheben — dem russischen Beispiel zu folgen.“

„Können Sie Deutsch?“ — fragte der Kämpfer.

„Nein, es ist Englisch.“

„Weshalb ist es Englisch?“

„Ich weiß nicht!“

„Was hat dieses Flugblatt in Archangelst zu suchen?“

„Ich weiß nicht.“

„Heiliger Christ!“ — rief der Kämpfer — „ich glaube gar, diese Kerle wollen sich an uns heranmachen.“

„Daran hatte ich gar nicht gedacht!“ — entgegnete Jimmie listig — „das kann schon sein.“

„Wetten, daß sie bei den Dankes nichts erreichen!“

„Wahrscheinlich; doch ist, was sie hier sagen, ganz interessant.“

„Zeigen Sie her.“

„Aber reden Sie nicht darüber!“ — warnte Jimmie — „ich möchte keine Unannehmlichkeiten haben.“

„Schon recht.“ Der Kämpfer las das Flugblatt. „Bei Gott, das ist doch komisch!“

„Weshalb?“

„Das sieht doch nicht aus, als ob die Kerle den Kaiser unterstützen!“ Der Kämpfer kratzte sich hinter den Ohren. „Für mich klingt das ganz vernünftig.“

„Für mich auch“ — erwiderte Jimmie — „ich hätte diesen Leuten nicht soviel Verstand zugetraut.“

„Das ist wirklich, was dem deutschen Volke not tut. Wir sollten Leute anstellen, um diese Art Flugblätter zu verteilen.“

„Das finde ich auch“ — meinte Jimmie begeistert.

Der Kämpfer überlegte. „Das Schlimme dabei ist, — bemerkte er nach einer Weile — „daß die Bolschewiki dieselben Flugblätter wahrscheinlich nicht bloß an die Deutschen verteilen, sondern sie bei beiden Parteien anbringen wollen.“

„Das könnte stimmen.“ — Jimmies Begeisterung nahm zu.

„Und das wäre natürlich falsch!“ — fuhr der Kämpfer fort — „das könnte die Disziplin beeinträchtigen.“ Jimmies Hoffnungen brachen zusammen.

Schließlich erklärte der Kämpfer, er möchte den Zettel behalten und einigen Leuten zeigen. Er versprach abermals, Jimmies Namen nicht zu erwähnen, und Jimmie verließ ihn mit dem angenehmen Gefühl, daß er seinen Samen in guten Boden gesät habe. (Vortsetzung folgt.)

Verdis Troubadour.

Zur Aufführung für das Arbeiter-Bildungs-Institut.

Giuseppe Verdi ist der berühmteste und zweifellos bedeutendste der neueren italienischen Opernkomponisten. Er bedeutet für die Geschichte der italienischen Oper etwa das, was Wagner für die der deutschen bedeutet. Wir sehen im Schaffen der beiden Meister sich eine ganz parallele Entwicklung vollziehen: die von der klassischen Oper, die gänzlich durch die musikalische Form beherrscht ist, zum musikalischen Bühnenwerk, bei dem die Dramatik der musikalischen Form übergeordnet ist und sie bestimmt. Der alte, rein musikalische Opernstil mit seiner wohlklingenden Melodie und seinem den Regeln der musikalischen Schöpfung nach möglichst entsprechenden Tonfall genügt dem Zeitempfinden der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht mehr; ebenso, wie man in der bildenden Kunst die Idealisierung der dargestellten Stoffe, wie sie die Stilformen des Klassizismus und der Romantik pflegten, um 1850 zu verschmähen begann und durch eine getreue Beobachtung und Wiedergabe des in der Natur Geschehenen ersetzte, so drang dieser „Naturalismus“ auch in die Oper ein. Das wirkliche, nicht in eine musikalische Schablone zu pressende, dramatische Leben wurde jetzt Gegenstand der Darstellung. Die Musik war nicht mehr die Herrscherin, die nur an ihr inneres Gesetz gebunden war, sondern sie mußte wie alle übrigen Bühnennormen dazu dienen, die naturwahre Dramatik zu stützen und zu erläutern. Man versuchte, durch sie die Stimmung und das seelische Erleben der handelnden Personen zu charakterisieren, man zwang sie, sich an das in der Handlung gegebene „Programm“ zu halten. So entstand aus der früher gepflegten „absoluten“ Musik die moderne „Programm-Musik“.

So klar und folgerichtig, wie sich diese Entwicklung in der deutschen Musik, vor allem bei Wagner, vollzog, ist sie freilich in Italien nicht vor sich gegangen. Der Italiener nimmt der Musik, vor allem der Opermusik, gegenüber einen ganz andern Standpunkt ein als der Deutsche. Ihm ist die Musik nicht „letzte Offenbarung“ wie uns Deutschen, sondern eine Unterhaltung für seine Sinne, von der er Gefälligkeit und Reiz verlangt. Er hört ausschließlich mit dem Ohr, während wir vorzugsweise mit dem Gemüt Musik aufnehmen. So kommt es, daß auch Verdi aus seinen Opern die melodischen und leicht eingänglichen Themen, die zum Gassenhauer werden können, nicht ganz verbannen konnte. Sätten seine Opern nicht stets auch ihren „Schlager“ gehabt, den jebermann nachsingen konnte, so hätten sie ungeachtet ihres musikalischen Wertes in Italien niemals Anlauf gefunden. Wagner schrieb für ein deutsches Publikum, er konnte sich den Reiz auf solche Konzeptionen leisten, er konnte die „Dramatisierung“ der Musik reiflos durchführen. Selbst Verdis reifste und feinsten Werke, „Aida“ und „Falstaff“, sind nicht völlig frei davon.

Der „Troubadour“ ist eines der Werke aus der Reifezeit des Komponisten, in dem er schon ganz seinen eigenen Stil gefunden hat und ihn mit der Vollkraft und dem Reichtum des auf der Höhe seines Schaffens stehenden Künstlers zur Anwendung bringt. Die dramatische Charakterisierungsfähigkeit Verdis tritt vor allem in den Figurencharakteren des zweiten Aufzuges und im vierten Aufzuge mit seiner düsteren, von Todesahnungen und Todessehnen beherrschten Stimmung hervor, die durch plötzliche scharfe dramatische Akzente unterbrochen und belebt wird. Daneben finden sich aber immer wieder Gelangsummern, die dazu bestimmt sind, sich mit ihrem sinnlichen Wohlklang dem Ohr des Hörers einzuschmeicheln und einzuprägen, um es nicht wieder loszulassen. So der Zigeunerchor zu Beginn des zweiten Aufzuges, das Terzett im dritten Aufzuge: „Sie ist in seiner Macht“ und die darauffolgende weltbekannte Arie des Manrico von den „lodernen Flammen“ mit dem hohen C des Tenors, das für ein italienisches Publikum der Höhepunkt des Entzückens ist, und manche andre kleinere Partien. Eine Ouvertüre besitzt das Werk nicht; nach wenigen einleitenden Takte des Orchesters wird der Hörer mitten in die Handlung hineingeworfen, die nach Verdis Meinung von Beginn an sofort die richtige Stimmung verbreitet, ohne einer Vorbereituna zu bedürfen.

Der Text, zu dem Verdi diese für unsern deutschen Geschmack immer noch etwas widerspruchsvolle Musik komponiert hat, ist ein recht mäßiges Ritterstück, wie sie sich in Italien stets großer Beliebtheit erfreuten. Vieles in ihm ist unmodern, willkürlich und entbehrt der dramatischen und psychologischen Begründung. Dies wird der Hörer selbst deutlich merken, so daß es sich erübrigt, auf diese einzelnen Schwächen aufmerksam zu machen. Der Held des Stückes ist Manrico, ein Sohn des Grafen Luna, der von einer Zigeunerin geraubt und zum Troubadour, zum ritterlichen Minnesänger, geworden ist. Diese Vorgeschichte wird im ersten Aufzuge erzählt. Eine alte Zigeunerin soll einen der beiden Söhne des Grafen Luna als Kind behetzt haben und ist deswegen verbannt worden. Auf dem Scheiterhaufen hat sie ihre Tochter Aucena mit der Rache für ihren Tod betraut. Diese raubt daraufhin den Sohn des Grafen, um auch ihn in die Flammen zu werfen. Im Augenblick nach dieser Tat erkennt sie, daß sie ihren eigenen Sohn mit dem des Feindes verwechselt und diesen getötet hat. Um ihre Rache doch noch zu vollenden, gibt sie nun den Sohn des Grafen für ihr eigenes Kind aus und erzieht ihn zum Troubadour. Als Manrico zum gefeierten Troubadour heranwächst, wird er natürlich als Sohn der verhassten Zigeunerin von seinem Bruder erbittert verfolgt. Die beiden Brüder werden dann in Avasen in der Liebe zu der schönen Leonore, die sich für Manrico erschelbet. Die beiden Rivalen begegnen sich im ersten Aufzuge und als Manrico sich zu erkennen gibt, entspinnt sich ein erbitterter Zweikampf, in dem Manrico Sieger bleibt, den Nebenbuhler aber großzügig verschont. Im Zigeunerslager bei seiner Mutter trifft den Troubadour, der inzwischen im Kriege schwer verwundet worden ist, der Auftrag, die Feste Castellor zu verteidigen, und zugleich die Nachricht, seine Geliebte Leonora wolle, da sie ihn tot glaubt, den Scheiter nehmen. Graf Luna hat ebenfalls von diesem Vorhaben Leonoras gehört und will sie mit Gewalt entführen, wird aber durch Manrico daran gehindert. Die beiden

Liebenden werden nun auf der Feste Castellor von Luna eingeschlossen, in dessen Händen sich die als Spionin aufgegriffene Zigeunerin Aucena befindet. Als Manrico hört, daß sie, die er für seine Mutter hält, den Feuertod erleiden soll, eilt er zum Kampf, um sie zu befreien, und fällt in die Hand seines Feindes, der die Feste stürmt. Leonora, die im Kampfgewühl entkommen war, will den Geliebten retten und bietet sich als Preis für sein Leben an. Gleichzeitig nimmt sie aber ein Gift, um ihrem Geliebten nicht untreu zu werden. Sie selbst überbringt die Rettungsbotschaft dem mit der Zigeunerin zusammen eingekerkerten Troubadour. Dieser errät den Preis und weist sie heftig zurück, bis sie in seinen Armen dem Gift erliegt. Luna ist außer sich vor Mut über diesen Betrug und läßt den Feind auf den Holzstoß führen. Als er der Zigeunerin den in den Flammen sterbenden Troubadour zeigt, gesteht ihm diese entsetzt, daß es sein eigener Bruder ist, den er ermordet. Damit ist das Geschlecht der Grafen Luna vernichtet und die Rache der Zigeunerin vollzogen.

Diese schauerliche Rittergeschichte ist ohne Zweifel reich an dramatischen und Bühnenwirksamen Effekten, trotz all ihrer Schwächen. Diese Seite besonders hat Verdi ausgemerzt und so doch eine Oper geschaffen, die fesselt und den Hörer mitreißt. Und so kann die Oper, wenn man sie mit Kritik aufnimmt, auch dem deutschen Hörer vieles bieten.

Kleine Chronik.

Konzerte. Der 2. Kammermusikabend der Ringler-Quartette brachte neben Beethovens Eis-moll-Quartett, op. 131, ein Quartett von Arnold Schönberg. Dieses Werk gehört der am meisten vom Herkömmlichen abweichenden Richtung der modernen Musik an. Es verzichtet fast völlig auf Melodie und Form im alten Sinne und baut sich ganz auf dem subjektiven Empfindungsleben des Komponisten auf. Gerade dadurch gehört es aber durchaus dem Empfinden unserer Zeit an, die die dunklen Gewalten des Innern höher stellt als die gerundete äußere Form. Gewiß haben wir in unserer modernen Kunst den letzten Reiz der „großen Form“, wie sie in den verschiedenen „Kunststilen“ vergangener Zeiten sich aussprach, verloren, aber es entspricht durchaus unserer etwas nüchternen Zeit diese Form zugunsten verfeinerter Psychologie aufzugeben. Eine ganz parallele Entwicklung hat ja das Drama durchgemacht. Wenn also wie bei Schönberg wirklich wertvolles Seelenleben aus Werken der modernen Kunst zu uns spricht, so wollen wir nicht mit alten Maßstäben messen, sondern im Gegenteil möglichst unbefangen dieses Neue auf uns wirken lassen. Wenn man das tut, hat einem Schönberg viel zu sagen. Das Publikum konnte sich allerdings dazu nicht aufschwingen, trotz der musterhaften Wiedergabe durch das Ringler-Quartett. Auch war der Saal halb leer. — Der Klavierabend von Paul Otto Rödel war dem Programm nach recht problematisch. Busoni mit seiner modernen, aber nicht gerade erhabenen Kompositionsmanner war eingetaucht von einer äußerst reizvollen Sonate von J. Haas und den für unsere Zeit geradezu klassischen Telemann-Variationen von Regner. Die Ausführung dieses Programms stand jedoch auf künstlerisch einwandfreier Höhe, so daß man zufriedenstellen konnte. Vor allem eignet dem Künstler ein großer Wurf in der Gestaltung, der alle Einzelheiten dem Ganzen unterordnet. — Der Liedabend von Räte Grundmann lehrte uns eine Sängerin kennen, die allerhand Hoffnungen erweckt. Ihre Stimme hat von Natur einen schönen, vollen Ton in allen Lagen und ist wohl geschult. Damit verbindet sich ein feines Erfassen des musikalischen Gehaltes und ein äußerst geschmackvolles Vortragen der Lieder. Noch führen einige Mängel in der Diktion und in der „Dramatisierung“ des Stoffes, die aber wohl noch überwunden werden. Die Begleitung von Helmuth Thierfelder der schmeigte sich der Singstimme gut an. Das ist das beste Zeugnis, das man einer Begleitung ausstellen kann. — Das 18. Sinfoniekonzert des philharmonischen Orchesters brachte neben der korrekten und mit viel Geschmack aufgeführten 2. Sinfonie von Brahms und der Ouvertüre zu Richard III. von Volkmann ein sehr reizvolles und in der Wiedergabe durch Hermann Rödel stark wirkendes Klavierkonzert in C-moll von Fritz Kaufmann. Der blinde Pianist verfügte über einen wunderbar belebten Anschlag und eine feinnüchtige musikalische Auffassung. Er verband wohl seinem Leben ähnlich viel wie Beethoven dem seinen: ein starkes Abgeschickensein von der Außenwelt, die alle inneren Kräfte um so mehr zur Entfaltung bringt. Das Klavierkonzert war zweifellos das stärkste Erlebnis dieses Abends. — Der Liedabend von Maria Pos-Carlsfort hinterließ den Eindruck eines ungetrübten musikalischen Genusses. Die Stimme der bekannten Sängerin ist noch ebenso kraftvoll, ausgiebig und wohlklingend, wie wir sie von früher kennen. Die Künstlerin verbindet damit noch eine äußerst großzügige und charaktervolle musikalische Auffassung, die der stilistischen und individuellen Eigenart der Meister voll gerecht wird. Das Programm brachte eine sehr glückliche Auswahl aus der Ariens- und Liedkunst vom Anfang des 18. Jahrhunderts (Cesti) bis zur Moderne (Wöhler). Da die Besetzer, Eva Kengel (Cello) und Dr. Georg Gähler (Klavier) gleichfalls ausgezeichnetes boten, waren alle Bedingungen für einen vollkommenen Musikabend erfüllt.

Städtische Theater. Am Sonntag, 20. Februar, wird nach langjähriger Pause, bei aufgehobenem Anrecht, Verdis Oper Othello neu einstudiert wieder in den Spielplan aufgenommen und zwar unter musikalischer Leitung von Prof. Otto Rohse. Die Besetzung der Oper ist folgende: Desdemona (Riane Martina), Emilia (Elsbeth Mercklein), Othello (Sofel Vogl), Cassio (Hans Ljmann), Jago (Ernst Rossing), Rodrigo (Wlfrd Boigt), Lodowico (Hans Müller), Montano (Emil Herweling), Spielleitung: Paul Weisleder.

Kleines Theater. Die Erstaufführung von Martchen von Rym wegen kann technischer Schwierigkeiten wegen erst am Dienstag der kommenden Woche stattfinden.

Deutsche naturwissenschaftliche Gesellschaft. Freitag, abends 7 Uhr, Vortrag von Herrn Pfall über: Unsere Bäume im Winter (mit Lichtbildern) in der II. Fach- und Fortbildungsschule, Schletterstraße 10.

Eingelaufene Schriften.

Das schwarze Buch des weißen Ungarn. Herausgegeben vom Exekutivkomitee der kommunistischen Jugend-internationale. Verlag Junge Garde, Berlin C. 2, Stralauer Straße 12.

Dr. Friedrich Wichtl: Freimaurer-Morde. Verlag Friedrich Pustet, Regensburg. Preis 2.50 M.

Soziale Bauwirtschaft. Nr. 1 vom 1. Jahrgang. Herausgegeben vom Verband Sozialer Baubetriebe, Berlin.

Hermann Buxte: Brauchen wir in Deutschland Rindvieh? Eine Musterung im Reiche des heiligen Bureaukratieus. Verlag Neues Vaterland, E. Berger und Co., Berlin W. 62, Preis 3 M.

Neue Opern- und Schauspiel-Führer. Heft 28. Walter Hakenlober: Jenseits von Robert Wirt. Verlag Wlfrs Buchdruckerei (R. Christel) Themat 1. Thür.

Warum verchiedene proletarische Parteien?

Von Karl Marchionini.

II.

Der größte Teil der Rechtssozialisten ist nicht zu finden in den Hauptindustrieregionen, sondern er ist in wirtschaftlich zurückgebliebenen Bezirken, in kleineren Städten und auf dem platten Lande vorhanden. Der Partei der Rechtssozialisten gehören viele Arbeiter, Angestellte, Beamte, Lehrer an, die meist erst in der Revolution zur sozialistischen Bewegung gestoßen sind. Es geht diesen Schichten wirtschaftlich schlecht, aber die meisten haben noch eine Existenz, die einigermaßen sicher ist, denn Lehrer, Beamte, Angestellte, Landarbeiter, viele gewerbliche Arbeiter können nicht entbehrt werden. Sie müssen beschäftigt und notdürftig ernährt werden. Diese Kreise der Bevölkerung wollen auch bessere Zustände erreichen, aber sie wollen auch wiederum ihre Existenz nicht riskieren. Sie glauben, eine Revolution könnte sie vernichten, zumal ihnen täglich gesagt wird, der „Bolschewismus“, gemeint ist der revolutionäre Sozialismus, wolle zuerst alles ruinieren. Deshalb sind sie für die „gesetzmäßige Weiterentwicklung“, für die Demokratie, die in Wirklichkeit eine Demokratie des Kapitals ist und gegen die Diktatur des Proletariats. Diesen rechtssozialistischen Schichten fehlt die sozialistische Schulung. Früher waren sie indifferent, aber sie wählten bürgerlich. Und jetzt glauben sie schon recht revolutionär zu sein, wenn sie der Partei der Rechtssozialisten angehören. Den Streitfragen des revolutionären Proletariats stehen sie verständnislos gegenüber. Außerdem hatte die SPD. seit November 1918 einigen Einfluß auf die Regierung und auf die Gesetzgebung, und so mancher hat es aus diesem Grunde für nützlich gehalten, ihr Mitgliedsbuch zu besitzen. Das sind die wesentlichsten Gründe für die Haltung der SPD. Inzwischen hat sich die wirtschaftliche Lage verschärft und die Rechtssozialisten können sich heute keinen Kosteten mehr erlauben. Sie leben jetzt von der „Opposition“ gegen die bürgerliche Regierung. Noch eine Koalition mit dem Bürgertum mit dem gleichen negativen Erfolge würde ihnen einen argen Stoß versetzen. Und dann ist ja auch die Haltung der Rechtssozialisten keine einheitliche. In den Industriegegenden, wo sie noch einigen Anhang haben, wo aber eine starke unabhängige oder kommunistische Bewegung vorhanden ist, müssen sie schon eine etwas schärfere Tonart anschlagen, und zahlreiche Mitglieder werden mehr und mehr rebellisch. Wenn die SPD. glaubt, sie sei vor Erschütterungen bewahrt, so irrt sie. Die jegliche Ruhe ist nur die Ruhe vor dem Sturm.

Die Haupttruppen der USPD. sind der revolutionäre Kern der alten Sozialdemokratie, in erster Linie das großindustrielle Proletariat. Es ist zum großen Teil politisch gut geschult und weiß, daß der Sozialismus weder auf dem Wege der Reformtätigkeit noch durch revolutionäre Putsch zu erreichen ist. Das großindustrielle Proletariat wird von der wirtschaftlichen Not schärfer angepaßt als zahlreiche Angehörige der SPD. Es muß daher revolutionär sein; es kann nicht daran denken, den Kapitalismus in Gang zu bringen, sondern es muß alles daransetzen, um ihn zu beseitigen und an seine Stelle die sozialistische Wirtschaft zu setzen. Dieses Proletariat ist davon überzeugt, daß der bürgerliche Parlamentarismus ihm nie den Sozialismus beschaffen wird, daß er nur aufgerichtet werden kann von der Arbeiterklasse, die sich hierzu einen eigenen Apparat, das Rätekönigtum schaffen muß. Der große Teil der Arbeiterklasse muß aber von der Notwendigkeit der Sozialisierung überzeugt sein, die Hand- und Kopparbeiter müssen sozialisieren können, sonst ist das sozialistische Ziel nicht durchzuführen.

Gehen wir jetzt zu den Kommunisten über. Wir werden uns vor allem mit der KPD. beschäftigen. Wenn einmal ihre Geschichte der ersten zwei Jahre nach Ausbruch der Revolution geschrieben wird, so wird das Urteil über ihre Taktik geradezu vernichtend ausfallen. Die Kommunisten haben eine Anzahl Führer, die den wissenschaftlichen Sozialismus kennen. Nur wenn sie politisch handeln, sind sie Utopisten. Die revolutionäre Entwicklung geht ihnen nicht rasch genug. Das Schüren des glimmenden revolutionären Feuers ist gewiß notwendig. Es kann gar nicht genug revolutionäre Propaganda entfaltet werden, aber es ist nicht möglich, zu jeder Zeit mit Aktionen revolutionäre Wellen herbeizubringen. Diese entziehen nicht den Köpfen der Menschen, ihre Quellen sind vielmehr zu suchen in den ökonomischen Zuständen. Nicht der Eifer einzelner Führer, sondern die Erkenntnis von der Unänderlichkeit der unerträglichen wirtschaftlichen Verhältnisse sind bestimmend für das Entstehen und die Ausbreitung der Revolution. Im Vorjahre glaubten die meisten kommunistischen Führer, es sei nur nötig, revolutionäre Aktionen zu veranstalten und auf diese Weise die Revolution weiterzutreiben. Heute lehnt bereits ein Teil der kommunistischen Führer diese Methode — in der Theorie — ab. In der Praxis kommen aber immer wieder Rückschläge vor, und die ganze Art der kommunistischen Agitation weicht noch gewaltig von der Erkenntnis mancher kommunistischer Führer ab. Vor allem will man recht revolutionär sein. Man will immer revolutionärer sein als die „rechtsunabhängigen“ Führer, und diese Sucht, ständig an der Spitze aller Revolutionäre zu sein, treibt die sonderbarsten Blüten.

Nur ein paar Beispiele: Gegen den Rat Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts wurde vom ersten kommunistischen Parteitag die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung abgelehnt. Jeder galt als Gegenrevolutionär, der für die Wahlbeteiligung war. Inzwischen ist diese revolutionäre Taktik aufgehoben und die Kommunisten beteiligen sich lebhaft an den Wahlen. Im Vorjahre huldigte man der Putschtaktik. Bald hier, bald dort wurde eine revolutionäre Erhebung veranstaltet, die von der Reichsregierung niedergeschlagen werden konnte, weil es eben einzelne Putsch und keine allgemein revolutionären Wogen waren. Heute will man von dieser Taktik nichts wissen, weil ihre Schädlichkeit erkannt worden ist — auch von den Kommunisten. Im Jahre 1919 aber wurde die USPD. als gegenrevolutionär verurteilt, weil sie diese Methode ablehnte.

Und die Führer, die eine solche widerspruchsvolle Politik treiben, verfügen über eine Anhängerschaft, die meist politisch ungeschult, aber zu den Kommunisten gestoßen ist, weil ihre wirtschaftliche Lage eine besonders trostlose ist. Aus dem Heer der Arbeitslosen, der Kurzarbeiter, der schlechtbezahlten Arbeiter setzt sich die KPD. zusammen. Diese

Schichten sind verzweifelt, daß sie auch schließlich zu einer verzweifelten Politik greifen, und weiter ist die Taktik der KPD. nichts. Die Mitglieder der KPD., die von den Gesetzen der wirtschaftlichen Entwicklung und ähnlichen Dingen in der Regel wenig oder gar nichts wissen, glauben den Führern der KPD., daß nur die „rechtsunabhängigen“ Führer daran schuld seien, daß die revolutionäre Bewegung stockt. Sie lassen sich einreden, daß es viel zu lange dauere, bis die Mehrheit des Proletariats von der Notwendigkeit der Sozialisierung überzeugt und imstande sei, sie durchzuführen. Sie wollen heraus aus dem Glend, so schnell wie möglich. Deshalb wählen sie den kommunistischen Strohalm und lassen sich widerspruchslos sagen, daß auch die Minderheit die politische Macht ergreifen und sozialisieren könne, wenn sie nur entschlossen genug und zum Bürgerkrieg bereit sei. Dann werde man mit den Waffen den Erfolg erringen. Die kommunistischen Wähler und Mitglieder wissen zum Teil nicht, daß diese Methode schon vor Jahrzehnten empfohlen, aber von Karl Marx abgelehnt und auf das entsetzlichste bekämpft worden ist.

Die kommunistische Bewegung ist gewachsen und sie wird mit der Zunahme des Glends sich weiter ausbreiten. Je größer sie wird, desto gefährlicher ist das für die Arbeiterklasse, denn wenn die Kommunisten glauben, stark genug zu sein, werden sie loschlagen, wahrscheinlich auch loschlagen müssen, einmal weil die fanatisierten Massen endlos Taten sehen wollen, und dann, weil Moskau es für geboten hält! Denn die deutschen Kommunisten haben sich den Anordnungen des Exekutivkomitees der dritten Internationale zu fügen, und wenn die russischen Kommunisten eine revolutionäre Bewegung in Deutschland brauchen, werden sie ihre Befehle ausgeben. Wird dann aber der Putsch im Blute erstickt, muß dann ein Teil der Arbeiterschaft die schwersten Opfer nutzlos bringen, dann wird man alle Schuld auf die „rechtsunabhängigen“ Führer schieben.

Die Kommunisten wissen sich in solchen Situationen stets zu helfen. Vor allem versuchen ihre Führer unter allen Umständen es immer anders zu machen wie die USPD., damit nur ja die Gegensätze aufzuweisen sind. Die USPD. kann machen was sie will, die KPD. wird alles als Betrug und Verrat hinstellen. Die KPD. wird auch beim nächsten Putsch der Reaktion nicht in eine Abwehrgemeinschaft mit den andern proletarischen Parteien treten. Sie wird ihre Kommandos aus Moskau empfangen und die werden tollfischer anders sein als es die Situation des Abwehrkampfes erfordert. Durch diese Methode gefährden die Kommunisten die Arbeiterklasse in Deutschland und damit auch die proletarische Internationale. Tut nichts! Die Hauptsache ist, daß die Kommunisten es anders machen als die USPD.

Alles, was die „rechtsunabhängigen“ Führer tun, wird als Täuschung des Proletariats, als gegenrevolutionär verurteilt. Wir sehen das bei der Frage der Sozialisierung der Bergwerke. Die USPD. kommt mit einem Gesetzentwurf. Die Frage ist brennend. Die bürgerlichen Parteien müssen ja ihre Stellung nehmen. Die Sozialisierung rückt in den Vordergrund. Sie kann nicht mehr von der Tagesordnung abgehakt werden. Das steht auch der Kapitalismus ein, deshalb sucht er auf dem Wege des Verhandels einen Vergleich abzuschließen. Der wird natürlich abgelehnt. Damit ist die Angelegenheit nicht aus der Welt geschafft. Das Ringen um die Sozialisierung der Bergwerke geht weiter. Es nehmen an ihm immer größere Schichten teil, die aus ihrem Pöbel erst durch das Verhalten der Grundbesitzer und des Bürgertums aufgerichtet werden. So werden dem Sozialismus neue Scharen zugeführt. Schließlich nimmt der Kampf heftigere Formen an. Die Gegensätze spitzen sich mehr und mehr zu. Die KPD. hat für diese Bewegung nur Spott. Sie höhnt über die Aktion der „Hilferlinge“, denen sie nachsagt, daß sie der Meinung wären, die Sozialisierung der Bergwerke wäre durch Mehrheitsbeschluß im Reichstag zu erreichen. Ach nein, so naiv sind die „Hilferlinge“ nicht. Sie rufen ja das Proletariat zum Kampf für die Sozialisierung auf.

Sächsische Angelegenheiten.

Ausdehnung des staatlichen Elektrizitätsunternehmens. Im Nachtragsentwurf zum außerordentlichen Haushaltsplan des staatlichen Elektrizitätsunternehmens auf das Rechnungsjahr 1920 werden zum Erwerb von Aktien der Elektrizitäts-Gesellschaft in Dresden 21.670.000 Mk. angefordert. Zur Unterbreitung ihrer Geldbedürfnisse und derjenigen ihrer Tochterunternehmen hat die Elektra beschlossen, neben der Aufnahme einer größeren Anleihe ihr Aktienkapital von 4.500.000 Mk. um 5.500.000 Mk. auf 10 Millionen Mark zu erhöhen. Es ist ferner beabsichtigt, falls es gelingen sollte, einen größeren Teil der Aktien der Sächsischen Elektrizitäts-Versorgungs-Gesellschaft zu erwerben, der die drei Elektrizitätswerke Oberlungwitz, Schwarzenberg und an der Pleiße gehören, das Aktienkapital der Elektra um weitere 15 Millionen auf 25 Millionen Mark zu erhöhen.

Um sich den überwiegenen Einfluß in dieser Gesellschaft zu erhalten, hat sich der Staat verpflichtet, die neuen Aktien von 5.500.000 Mk. Kennwert, deren Ausgabe bereits beschlossen ist, unter Ausschluß des Bezugsrechts der übrigen Aktionäre zu dem Ausgabekurse von 100 Prozent zusätzlich Gesellschaftsvertrags- und Schlussnotenstempels zu übernehmen. Unter denselben Bedingungen will sich der Staat gegebenenfalls auch mit den weiter erforderlichen 15 Millionen Mark Aktien an der Gesellschaft beteiligen. Die durch die Ausgabe der Aktien entstehenden Kosten, insbesondere die Kosten der Anfertigung der neuen Aktien, sowie die Gerichts- und Notariatskosten trägt die Gesellschaft. Es waren deshalb zum Erwerb der Aktien im Gesamtwert von 20.500.000 und 21.670.000 Mk. einzustellen.

Die Landkraftwerke Leipzig, A.-G. in Ruckwitz, haben zur Deckung ihres Geldbedarfs beschlossen, neben der Aufnahme einer neuen Anleihe ihr Aktienkapital um 6 Millionen auf 20 Millionen Mark zu erhöhen. Die neuen Aktien sind zum Kurse von 110 Prozent ausgegeben worden. Mit Rücksicht auf die günstige Entwicklung der Gesellschaft und zur Erhaltung der gemeinsamen mit der Provinz Sachsen vorhandenen Beteiligungsmehrheit hat der Staat die auf seinen Besitz an alten Aktien im Kennwerte von 3 Millionen Mark entfallenden 1.286.000 Mark junge Aktien zum Kurse von 110 Prozent übernommen. Deshalb sind unter Tit. 4b 1.414.600 Mk. zur Einlösung gelangt.

Weiter treten unter Tit. 7a für die Ausstattung der Verwaltungsräume für die Direktion der staatlichen Elektrizitätswerke 170.000 Mk. angefordert. Für anononnten Amed wurden bereits 40.000 Mk. bewilligt.

Einschränkung der Textilnotstandsversorgung in Sachsen. In der Dienststellung des Haushaltsausschusses B des Landtags wurden Mittelungen gemacht über die von der Regierung durchgeführten Maßnahmen zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Textilwaren aller Art, zu deren Durch-

führung Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge zwecks Senkung der Preise verwendet worden sind. Es sind hier zwei Aktionen zu unterscheiden, die der Textilnotstandsversorgung, die Aufträge ins Vogtland und ins Glauchauer Textilgebiet vergeben hat unter Mitwirkung eines Beirates, der aus Arbeitgeber- und aus Arbeitnehmervertretern besteht. Für mehrere Millionen Mark Aufträge sind erteilt worden. Daneben läuft eine Aktion der Grobkrautfabrikanten der deutschen Konsumvereine, die für etwa 5 Millionen Mark Waren in den westfälischen Textilbezirken bestellt hat. Es handelt sich in der Hauptsache um Lagerwaren, die dem Fabrikanten abgenommen wurde gegen die Verpflichtung, neue Waren anzufertigen und Arbeitslose einzustellen. Bei beiden Aktionen wurden Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge mit verwendet. Der Eindruck, den der Ausschuß von den Regierungserklärungen erhielt, war kein besonders günstiger. Trotz der Verbilligung der Waren ist der Absatz außerordentlich schleppend, da infolge des Konjunkturschwümmes die Waren in freiem Handel im allgemeinen ebenso vorteilhaft zu haben sind wie durch die behördliche Organisation. Es ist daher auch mit einer Einschränkung dieser Textilnotstandsversorgung zu rechnen. Immerhin haben die staatlichen Maßnahmen erheblich zur Milderung der Arbeitslosigkeit in den Textilbezirken Sachsens beigetragen.

Gegen die Brot- und Lebensmittelverleurer.

Die vereinigten Gewerkschaftskartelle Rameß, Pulsnik, Königsbrunn, Großröhrsdorf und Schwepnitz nahmen eine Entschiedenheit gegen die hohen Fleischpreise an, in der die Oberlausitzer wie die Landeszentrale aufgefordert werden, innerhalb 14 Tagen Brotverfammlungen gegen die hohen Fleischpreise und die hohen Preise anderer Lebensmittel zu veranstalten.

Hausbesitzer-Frechheit.

In Blauen i. N. ist seit längerer Zeit ein Kampf zwischen Vermietern und Mietern. Die Hausbesitzer haben den Mietern zum Teil ganz unerhörte Forderungen gestellt und damit auf der anderen Seite den härtesten Widerstand heraufbeschworen. Jetzt haben die Herrschaften in einer Versammlung des allgemeinen Hausbesitzervereins folgenden Beschluß gefaßt: „Die heute im „Palast“ anwesenden etwa 1500 Hausbesitzer haben einstimmig beschlossen, die Zahlung aller Gebühren und Abgaben, insbesondere auch der Grundsteuer, so lange zu verweigern, bis der Stadtrat dafür Sorge trägt, daß der Vermieter die zur Befahrung erforderlichen Mittel im vollen Umfange gewährt erhält. Wir erheben deshalb dringend, etwaige Zwangsvollstreckungsmahnahmen sofort einzustellen. Wir lehnen jede weitere Verantwortung und jede weitere Befragung ab.“

Deutlicher konnte die Schädlichkeit des privaten Hausbesitzergewerbes und die Notwendigkeit der Sozialisierung oder Kommunalisierung der Wohnungsbereitung und Vermietung gar nicht bewiesen werden. Es ist die höchste Zeit, daß den Herrschaften, die im Interesse ihres Geldbeutels das größte Interesse an der Steigerung der Wohnungsnot haben, endlich das Handwerk gründlich gelegt wird.

Eine Kraftwagenklausur Blauen-Hof.

Seit längerer Zeit ist die Errichtung einer Kraftwagenerbindung Blauen-Hof geplant. Die vierte Abteilung des Finanzministeriums hat sich jetzt für die Gewährung eines Darlehens an die Stadt Blauen zu diesem Zwecke ausgesprochen.

Seitlich. Die Stadtverordnetenwahlen brachten keine Verschlebung zwischen Bürgerlichen und Arbeiterpartei. Beide Gruppen haben die gleiche Vertreterzahl. Es erhielten die U.S.V. 8, die Rechtssozialisten und Kommunisten je 2, die Demokraten 7 und die Deutsche Volkspartei 5 Sitze.

Madereb. Die Stadterordneten haben einstimmig beschlossen, das Ministerium des Innern zu erlauben, das bisherige Stadterordnetenkollegium aufzulösen und die Neuwahl auf den 18. März 1921 anzusetzen.

Bergschmelze. Die zwei unteren Klassen der Schule an Bad Bergschmelze mußten wegen massenhaften Malariaerkrankungen der Kinder auf 14 Tage geschlossen werden.

Blauen. Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Blauen hat durch den vom Bezirksauschuß im vorigen Jahre beschlossenen Einkauf von Trockengemüse einen Fehlbetrag von zwei Millionen Mark, beim Schmalzgeschäft droht ihm eine Einbuße von 800.000 bis 900.000 Mark ohne die Stadt Reichenbach. Der Bezirksverband Auerbach hat einen Verlust von fünf Millionen Mark zu buchen.

Berichtsaal.

Schulkinder als Diebe. Sechs Schulkinder saßen miteinander wegen Diebstahls, einige sogar schon wegen Rückfallsdiebstahls, auf der Anklagebank der Strafkammer. Sie hatten von Wagen, die sie vom Brühl aus verlockten, in frecher und dreister Weise Rankenfellen gestohlen, um sie in eigenem Nutzen zu verwerten. Ein andermal hatten sie bei Prohibitbeba einen Festwagen gepilndert. Das Gericht verurteilte sie zu Gefängnisstrafen von einer Woche bis zu drei Monaten. — Was werden solche Strafen nützen? Nichts! Das beweist ja die Tatsache, daß mehrere dieser Kinder schon rückfällige Diebe sind. Eins ist sicher: die Scheu vor dem Gericht und dem Bestrafwerden ist nach einer solchen Verhandlung für immer dahin und damit auch die Achtung vor dem Gesetz. Alle ersten Ermahnungen des Richters werden wenig helfen. Solange unsere Kinder an Unterernährung leiden, werden sie einen krankhaften Trieb nach Nahrungsmitteln empfinden, solange wir nicht für gute und würdige Unterhaltungen sorgen, wird die Rindseele unsere Jugend verfallen. Wie leicht verfallen die Kinder in der Großstadt der Gefahr, auf unredliche Weise sich die Mittel zur Befriedigung solcher und anderer Bedürfnisse zu verschaffen. Alle Bemühungen der Pädagogen um eine moralische und sittliche Festigung unserer Jugend werden wenig erfolgreich sein, solange die sozialen Verhältnisse nicht gründlich umgestaltet werden.

Amnestierung aus Anlaß des Rapp-Putsch. Vom Landgericht Breslau ist am 5. Oktober v. J. wegen Bewahrsambruchs nach § 133.1 StGB. der Eisenbahnrechnungsrevisor Gustav Dersch zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Er war Vorstand des Beamtentages bei der Eisenbahndirektion in Breslau. Anfang Februar 1920 reichte der Bahnhofsleiter St. sein Entlassungsgesuch ein mit der Begründung, daß er der jetzigen Regierung nicht das nötige Vertrauen entgegenbringen könne. Auf dieses Gesuch antwortete der Regierungsrat Dr. als Personaldezernent in einem Schreiben, in welchem er die Ablehnung des Entlassungsgesuches empfahl. Während der Rapportage ist dieses fragliche Schriftstück aus einer Geheimmappe verschwunden und das Landgericht hat festgestellt, daß es der Angeklagte unberechtigterweise in seinen Besitz gebracht hat. Es lag dem Angeklagten daran, den Originalbericht des Regierungsrates Dr. in Händen zu haben, um ihn überlistet gegen diesen politisch zu verwenden. In seiner Revision rügte der Angeklagte, daß das Urteil sich nicht darüber auslasse, daß eine amtliche Verwahrung vorliege, vielmehr sei der Bericht der amtlichen Verwahrung verkauft und die politische Amnestie hätte auf ihn Anwendung finden müssen, da er aus politischen Motiven gehandelt habe. Das Reichsgericht hielt die Amnestie für anwendbar, hob das Urteil auf und stellte das Verfahren ein, da die Tat des Angeklagten in keinem Zusammenhang steht mit dem Rappunternehmen, seinen Grund und seine Ursache darin hat und auch zeitlich damit zusammenfällt.

